

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando:
Dienstag 2.30 Mk., monatlich 1.10 Mk.,
wöchentlich 25 Pfg. fest ins Haus.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgepaltenen Roten-
zeile oder deren Raum 40 Pfg., für
politische und gesellschaftliche Bezei-
chungen und Veranlassungen 20 Pfg.

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.
Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.

Donnerstag, den 2. August 1900.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.
Fernsprecher: Amt I, Nr. 5121.

Demokratie und socialer Fortschritt.

Aus Zürich wird uns geschrieben:
Die seit Jahresfrist in mehreren Fällen erfolgte Ver-
werfung von socialpolitischen Vorlagen durch die Volks-
abstimmung in der Eidgenossenschaft, in Kantonen und Ge-
meinden hat Veranlassung gegeben, den Ursachen dieser be-
dauerlichen Erscheinung nachzuforschen. Namentlich die Ver-
werfung der Kranken- und Unfallversicherung, obwohl sie
eigentlich den meisten Freunden derselben nicht unerwartet
kam, hat die Politiker und die Presse wochenlang beschäftigt
und auch heute noch dauert die Diskussion darüber fort.

Wenn ich unter diesen Umständen dennoch im „Vort.“
die socialpolitischen Mißerfolge der Schweiz seit Jahresfrist
kurz bespreche, so geschieht es nur deshalb, weil sich damit
auch die bürgerliche Presse Deutschlands beschäftigt und in
falscher Auffassung wie falscher Beurteilung der Dinge die
Schweiz bezw. die demokratische Republik in Nachteil gegen-
über der Monarchie zu bringen sucht.

Dieses bei den Gegnern eines freien Volksstaats begreif-
liche Verfahren ist von vornherein schon darum grundsätzlich
verfehlt, weil es sich in dieser Sache nicht um den Gegensatz
von Republik und Monarchie, sondern um den Gegensatz
von Demokratie und Repräsentativ-System handelt, so daß
man die französische Republik ebenso der Schweiz gegenüber-
stellen kann wie das monarchische Deutsche Reich. Aber da
in der Schweiz selbst, abgesehen von jenen Kantonen, welche
seit Jahrhunderten die Landsgemeinde haben, die Gesetzgebung
durch das Volk eine Errungenschaft der Neuzeit, der letzten
Jahrzehnte ist, so läßt sich auf schweizerischem Boden selbst
eine Gegenüberstellung der Volksgesetzgebung und des Parla-
mentarismus machen.

Eine solche Gegenüberstellung ergibt aber, das alle de-
mokratischen und socialen Fortschritte in der Schweiz unter
der Herrschaft der Volksgesetzgebung gemacht wurden,
daß die Schweiz unter dieser in wenigen Jahrzehnten größere
Fortschritte gemacht hat, als früher in Jahrhunderten.

Und vergleicht man die Schweiz mit andern Ländern,
so zeigt sich ebenfalls sofort, daß sie auf allen Gebieten
mit der Volksgesetzgebung weiter gekommen ist, als das
despotische, halb oder ganz parlamentarisch regierte Aus-
land. Es sei nur daran erinnert, daß seit
1874 durch die neue Bundesverfassung die völlige
Unentgeltlichkeit des Volksschulunterrichts für die ganze
Schweiz eingeführt wurde, während z. B. in Deutsch-
land heute noch Schulmänner als Abgeordnete in Parla-
menten und andre Politiker sich den haarsträubenden Blödsinn
erlauben dürfen, den unentgeltlichen Volksschulunterricht als
„etwas Unnützlich“ hinzustellen und dafür die Zustimmung
der Regierung und der Parlamentsmehrheit finden. Die
Unentgeltlichkeit der Lehrmittel und Schreibmaterialien ist
bereits in einer ganzen Reihe von Kantonen gesetzlich eingeführt,
während in den anderen Kantonen eine kleinere oder größere
Anzahl von Gemeinden dieselbe von sich aus eingeführt hat.
In mehreren Kantonen erstreckt sich diese Unentgeltlichkeit
auch auf die Sekundar- (Real-) Schulen. Ebenso wie die
Unentgeltlichkeit des Schulunterrichts und der Lehrmittel ist
auch die in mehreren Kantonen gesetzlich und in zahlreichen
Gemeinden anderer Kantone freiwillig eingeführte Unentgelt-
lichkeit der Beerdigung eine besondere Wohltat für die
Besitzlosen. Wie viel Sorge und Trauer gerade dadurch der
von einem Todesfall betroffenen armen Familie erspart werden,
weiß jeder, der das Elend der Armut kennt.

Erinnern wir noch an das eidgenössische Fabrikgesetz und
Hauptstadtgesetz, an die kantonalen Arbeiterminderheits-Gesetze,
von denen dasjenige des Kantons Zürich von 1894 den
Zehnjährigen Tag brachte, an die Lehrlings-Gesetze mancher
Kantone usw., so kann man ruhig behaupten, daß die Schweiz
mit der Volksgesetzgebung auf socialpolitischem Gebiet weiter
gekommen ist, als andre Länder mit dem Despotismus oder
Parlamentarismus.

Nun hat freilich die Schweiz noch keine Arbeiterversicherung,
aber ich fürchte noch Lage der Dinge, daß sie auch keine oder
doch nicht so bald bekommen werde. Was sie aber als Ersatz
für dieselbe erhalten wird, das ist sehr wahrscheinlich die
Unentgeltlichkeit der Krankenpflege, wie sie
1893 von den Socialdemokraten gefordert, aber von den
bürgerlichen Parteien, vorab von der herrschenden radikalen
Partei, bekämpft worden war. Der 20. Mai mit der
Verwerfung des der deutschen Versicherung in vielen
Punkten nachgemachten, wenn auch erheblich besseren Ver-
sicherungsgesetzes hat gelehrt, daß sich die Socialdemokraten
auf die Psychologie des Schweizervolks besser verstehen, als
die bürgerlichen Politiker. Einen Beitrag hierzu liefert auch
Basel. In früheren Jahren gemachte Versuche zur Schaffung
eines kantonalen Krankenversicherungsgesetzes endeten immer
mit der Verwerfung der Vorlage durch die Volksabstimmung.
Dagegen konnte ohne Schwierigkeit die unentgeltliche Poli-
klinik errichtet werden für alle Arbeiter und Un-
bemittelte. Vielleicht kann auch ein Unfallversicherungs-
Gesetz, womöglich auf eine Altersversicherung ge-
schaffen werden; aber auch die Schaffung eines

Krankenversicherungs-Gesetzes wird angesichts der großen Ver-
breitung der freiwilligen und der in großer Zahl bestehenden
Betriebs-Krankenkassen verzichtet werden müssen. Erklärt man
sich doch die Verwerfung des Versicherungsgesetzes vom
20. Mai zum Teil auch dadurch, daß die Mitglieder der
freien Krankenkassen aus Furcht vor der Auflösung durch
die Kreis-Krankenkassen und die Mitglieder der Betriebs-
Krankenkassen aus Furcht vor dem Verlust der
Selbstverwaltung gegen das Versicherungsgesetz eifrig
agitiert und dasselbe abgelehnt haben. Dieselbe Situation
war ja auch in Deutschland bei der Schaffung des Kranken-
versicherungsgesetzes im Jahre 1884 und man darf es daher
als sicher annehmen, daß es in einer Volksabstimmung ebenso
verworfen worden wäre, wie nun das schweizerische Gesetz
verworfen wurde.

Unter diesen Umständen kann nur grundsätzlicher Haß
gegen den freien Volksstaat die Verwerfung des Versicherungs-
gesetzes sowie anderer Gesetze dazu mißbrauchen, die Demokratie
zu diskreditieren. Für andre Leute enthält die wiederholte
Verwerfung von socialpolitischen Gesetzen durch die Mehrheit
der Stimmberechtigten in der Volksabstimmung die Lehre, daß
die gesetzgeberische Thätigkeit der Regierungen und der Parla-
mente in der Demokratie ein viel schwierigeres Geschäft ist,
als beim Repräsentativsystem, daß sie viel mehr Kenntnis der
wahren Bedürfnisse und der Lebensverhältnisse des Volks, wirkliche
Staatsweisheit und Staatskunst erfordert. In der Demokratie
verlangen die kleinsten Mitteln, wie Titel und Orden,
parlamentarische Abende usw., mit denen in den parlamen-
tarisch regierten Ländern bei den bürgerlichen Abgeordneten
so viele Erfolge erzielt werden. In der Demokratie wirft
das Volk unfehlbar mit brutaler Rücksichtslosigkeit dem
Gesetzgeber sein Werk vor die Füße, wenn ihm dasselbe nicht
gefällt.

Erinnern wir schließlich an die große Summe politischer
Rechte, die der Bürger — der einfachste Bauernknecht wie
der größte Millionär — in der Demokratie besitzt, an das
uneingeschränkte Vereins- und Versammlungsrecht, an die un-
geschmälerte Koalitionsfreiheit, an die Pressfreiheit, an das
Wahlrecht für Verwaltungs- und Gerichtsbehörden wie für
die Parlamente, an eine vollstümliche Rechtsprechung, die
nicht durch preussische Obergerichte und deutsches Reichsgericht
beeinflusst ist — so steht die Schweiz alles in allem auch
ohne Versicherungsgesetz auf einer Höhe da, von der andre
Länder noch unendlich weit entfernt sind.

Damit wollen wir nicht etwa die Schweiz als ein tadel-
loses und vollkommenes Staatswesen hinstellen — das wäre
lächerlich; aber den reaktionären Pharisäern und haßerfüllten
Feinden der Demokratie, die anlässlich der Verwerfung des
Versicherungsgesetzes dieselbe zu diskreditieren und herunter-
zureißen sich bemüht fühlen, zeigen, daß sie dazu gar keinen
Grund hatten.

Die Kriegserklärung Chinas und der Vormarsch nach Peking.

Zwei überraschende Meldungen von Wichtigkeit bringt heute der
Telegraph. Erstlich, daß China am 20. Juli formell den Krieg
erklärt hat. Zweitens, daß sich die Truppen in Tientsin plötzlich
entschlossen haben, den Vormarsch nach Peking anzutreten, den man
bisher für unmöglich erklärt hat. Diese beiden Nachrichten stehen
mit einander in einem gewissen Widerspruch, der unmöglich auf-
zulösen ist.

Die Kriegserklärung Chinas ist eine Nachricht, die bisher nicht
sehr beglaubigt ist, die aber auch nicht ohne weiteres von der Hand
zu weisen ist. Man könnte sich die Situation so denken,
daß nach dem durch den Einmarsch der fremden Truppen
und die Eroberung von Taku explosive entseesselten ängstlichen
Volksaufstand jetzt die Chinesen — Regierung und Bozer — an
einen geordneten militärischen Widerstand gegen die Mächte denken,
indem sie zugleich die Gesandten als Geiseln verwenden.

Von dieser Auffassung scheint die Leitung der Truppen nicht
auszugehen, wenn sie jetzt den Vormarsch nach Peking unternehmen
sollte. Man scheint der Meinung, daß der Aufstand der Bozer durch die
Regierung niedergeworfen und daß man deshalb keinem großen Wider-
stand mehr begegnen würde. Diese Ansicht vertritt auch die „Krenz-Ztg.“,
die meint, daß die Kollage der Fremden den „Rachzug“ in einen
Rettungszug, d. h. in eine möglichst bald in Scene zu setzende
Expedition zum Entsahe von Peking umgestaltet hat. „Da man
nach allen neuesten Nachrichten annehmen darf, daß die chinesische
Regierung den festen Willen zu haben scheint, den Bedrohungen zur
Seite zu stehen und nur durch militärische Schwäche daran ver-
hindert sein wird, dieses so erfolgreich durchzuführen, daß die ganzen
Gesandtschaften aus ihrer Lage befreit und mit sicherem Schutze nach
den Linien der Verbündeten übermittleit werden, so wird dadurch in
der That der drohende Krieg mit China ein reiner Kampf mit
den Aufständischen, die völlig verantwortlich für die Unthaten
ihrer Anhänger zu machen sind.“

Da man über Umfang und Zweck der Bozerbewegung nichts
Sicheres weiß, da man insbesondere die Rolle nicht kennt, welche die
Regierung spielt, so kann man eine zweifelhafte Ansicht über die
Sachlage nicht gewinnen. Möglich ist es immerhin, daß China in
der Eifersucht der Mächte eine Garantie sieht, bei einem Friedens-
schluß keine sonderlichen Schädigungen zu erleiden. Jedenfalls ist
an einem Zug nach Peking, der jetzt unternommen werden sollte,
Deutschland so gut wie gar nicht beteiligt.

Die Kriegserklärung Chinas.

Eine Depesche der Agentur Laffan aus Tientsin führt u. a. aus:
Eine hier eingetroffene Meldung aus Peking, datiert vom 21. Juli,
besagt: Die erste Nachricht von außen erreichte uns am 18. Juli.
Das Scheitern des Schmourischen Entsaheversuchs verschlimmerte
unsre Lage bedeutend. Am 19. Juni bereits hatte das Tzung-li-
Hamen die Beziehungen zu uns formell abgebrochen
und am 20. den Krieg erklärt. Außer dem deutschen Gesandten wurde
der Prof. Francis James vom kaiserlichen Gymnasium ermordet. Die
britische Gesandtschaft nahm mehr als 400 Nichtbambantanten auf,
1000 Flüchtlinge fanden Schutz im Palast des Reizern. Nach
Zwölftägigem heftigen Kampf kam es endlich zu einem Waffenstillstand.
Die Gesamtzahl der Getöteten und später Verstorbenen betrug
10 Deutsche, 10 Japaner, 11 Franzosen, 4 Russen, 4 Österreicher,
7 Amerikaner, 7 Italiener und 9 chinesische Christen. Insgesamt ein-
schließlich der Verwundeten, betragen unsre Verluste 90. Von den
Chinesen sind mindestens 2000 gefallen. Die Amerikaner behaupten eine
starke Position auf der Stadmaner. Die Bozer reichen noch aus und
die Krankenpflege-Vorkehrungen sind ausgezeichnet; aber alle sind
sehr erschöpft von der ununterbrochenen Anstrengung. Die kaiser-
lichen Edikte haben die Bozer freilich gelobt und den Missionären
befohlen, das Innere des Landes zu verlassen und alle Vicekönige
zum Schutz der Hauptstadt entboten. Erst des Edikts vom 18. Juli
verpflichtet den Fremden Schutz und Entschädigung. Die hier ein-
getroffenen Berichte von den unterwegs befindlichen starken fremden
Truppenteilen haben sehr heilsam gewirkt. Trotzdem sollten die
Mächte sehr auf ihrer Hut sein, um nicht hinter Vordach ge-
führt zu werden.“

Gesandtenberichte.

Eine über Tientsin nach London gelangte Depesche aus Tientsin
vom 27. Juli besagt: Heute kam hier ein Courier mit Depeschen aus
Peking an, die vom 21. Juli datiert sind und von Gesandten Conger
und britischen, japanischen und deutschen Vertretern,
sowie von verschiedenen Privatpersonen herrühren; sie beschäftigen alle
die früheren Berichte. Der Courier seinerseits beschäftigte die Redaktionen
über den schädlichen Zustand der Wege und über die Menge Chinesen,
die sich längs des Wegs nach Peking befinden. In
der Note Congers an den amerikanischen Konsul heißt es, gemäß
einer Vereinbarung würde seit dem 16. Juli nicht mehr ge-
schossen. Wir haben Lebensmittel für verschiedene Wochen, jedoch
nur wenig Munition. Wenn die Chinesen fortfahren, uns zu be-
schießen, wie sie es gethan haben, so können wir nicht lange aus-
halten; eine Riederumehelung aller wird folgen. Ich
hoffe, daß der Entsahe bald kommt.

Eine Privatnachricht ohne Datum besagt, gestern brachte ein
Vote mit der Parlamentärskammer dem Gesandten Macdonald eine
Note von Pung, in welcher dieser fragt, ob man gewillt sei, einen
Waffenstillstand abzuschließen. Macdonald erwiderte, er sei geneigt,
vorausgesetzt, daß die Chinesen aufhören zu schießen und nicht näher
an die Gesandtschaften kommen. Das Schicksal hat jetzt auf-
gehört und überall herrscht vollständige Ruhe.
Die Lebensmittel bestehen aus Reis und Pferdefleisch. Eine große
Gefahr besteht darin, daß die in Tientsin gefangenen Chinesen
nach Peking kommen. Die Amerikaner machten in der Nacht des
3. Juli einen mutigen Ausfall und fügten den Chinesen schwere
Verluste bei.

Der Minister des Reichens hat von dem belgischen Gesandten-
träger de Cartier aus Shanghai folgende Depesche vom heutigen
Tage erhalten: Am 22. Juli hatte der amerikanische Generalkonsul
dem amerikanischen Gesandten in Peking durch Vermittelung der
Lokalbehörden telegraphiert, Taotai Scheng teilte dem General-
konsul mit, daß das Tzung-li-Hamen sich weigere, jedes Biffern-
Telegramm weiter zu befördern und verlange, daß die Telegramme
en clair abgefaßt seien.

Der Oberst Coolidge, der Befehlshaber der amerikanischen
Truppen in Tientsin, telegraphiert: Ein vom 22. Juli datierter Brief
des japanischen Militär-Attaches in Peking sei am 25. Juli in
Tientsin eingetroffen, worin sich derselbe in größter Besorgnis
erkundigt, wann die Entsahestruppen eintreffen werden. Seit
dem 13. Juni, heißt es in dem Brief weiter, sind wir Tag und
Nacht fortwährend angegriffen worden, mit äußerster An-
strengung verteidigen wir uns noch. Wenn Ihr nicht inner-
halb einer Woche antkommt, werden wir wahrscheinlich
nicht länger aushalten können. In dem Briefe ist von einer Ein-
stellung der Feindseligkeiten keine Rede.

Der Vormarsch nach Peking.

Die „Morningpost“ meldet aus Washington, der amerikanische
Votschafter Choate habe sich mit Salisbury wegen des sofortigen
Vormarsches auf Peking in Verbindung gesetzt und ihm mit-
geteilt, daß die Vereinigten Staaten entschlossen seien, sofort den
Vormarsch anzutreten. Salisbury habe geantwortet, Großbritannien
habe sich in gleicher Weise schließig gemacht.

Nach einem Telegramm der „Times“ aus Tientsin ist General
Goslee mit seinem Stabe dort am 28. Juli eingetroffen. Auch
große Verstärkungen sind angelangt. Der Vormarsch soll sofort
von statten gehen. Russen und Japaner schieben ihre Vorposten
auf Weifang vor. General Jamalichi hofft, Jang-tsing binnen
drei Tagen zu nehmen.

Ein Kabeltelegramm des General Chaffee aus Tientsin vom
30. Juli besagt, wie vorläufig, besteht in Taku die Absicht, am
1. August nach Peking vorzumarschieren.

Aus Nordchina melden amtliche russische Nachrichten, daß
Blagowjesskenschel ebenso wie ein Dampfzer, der den Kurur
aufwärts fuhr, am 26. Juli von den Chinesen beschossen
wurde. Am 28. Juli erneuerten die Chinesen das Feuer
auf Blagowjesskenschel durch einen Artillerie-Angriff. Am 24. Juli
hat die aus 2000 Mann bestehende chinesische Besatzung der Festung
Wojantun den russischen General Sokorow um Unterhandlungen.
Als der General sich näherte, eröffneten die Chinesen ein Geschütz-
und Geschützfeuer. Stößen aber und überließen dem russischen General
in der Festung 5 Kanonen, eine große Anzahl Patronen, 4 Schiff-
geschätze und Artilleriemunition.

Die Forts von Kintschwang auf der Halbinsel Liaotung
sind am Donnerstag von den Russen genommen worden.
Nach einer späteren Meldung dauerte der Kampf um die
Kintschwangs-Forts 1 1/2 Stunden. Die Russen besetzten die
chinesischen Befestigungen, zogen sich aber dann wieder nach den

Niederlassungen zurück. Die Russen hatten 4 Verwundete, der Verlust der Chinesen betrug 6 Tote und 10 Verwundete.

Weitere deutsche Missionen.

Der „Nordd. Allg. Ztg.“ zufolge hat der Kaiser grundsätzlich die Annahme von tropendienstfähigen, zu einer Verwendung in China freiwillig sich meldenden Unteroffizieren und Mannschaften des Verurlaubtenstandes für etwa notwendig werdende Ersatztransporte genehmigt. Durch die Bezirkskommandos werden in nächster Zeit entsprechende Ermittlungen angestellt werden. Die betreffenden Leute würden Handgeld und einen Wohnungszuschuss erhalten.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 1. August.

Kaiserreden und Depeschencensur.

Die Ansprache, die der Kaiser bei der letzten Ausfahrt der China-Expedition gehalten, ist nicht bekannt geworden. Das Geheimnis ist gehütet worden. Wie das ermittelte wurde, berichtet ein Blatt:

Nur Angehörige der abgehenden Truppenmannschaften und Offiziere und außerdem nur noch sehr wenige Personen erhielten Vorkassette. Die Vertreter der Presse erhielten nur Zutritt, nachdem sie mit Namensunterschrift einen vom Auswärtigen Amt ausgestellten Revers unterschrieben hatten, daß sie über Reden, die der Kaiser anlässlich der Truppenexpedition hält, nichts zu veröffentlichen sich verpflichten, das nicht vorher dem Auswärtigen Amt vorgelegt worden ist.

Graf Bülow macht sich hiernach also tatsächlich an, nicht nur die chinesische Gesandtschaft, sondern auch den Kaiser unter Depeschencensur zu stellen. Das Volk darf nicht erfahren, was Wilhelm II. zu den Soldaten gesprochen hat. Graf Bülow wagt es, die Politik des Kaisers, dem doch daran liegt, daß seine Meinungsäußerungen allgemein bekannt werden, zu durchkreuzen. Fast sind wir geneigt, unsere Anschauungen über die mangelnde Selbstständigkeit der verantwortlichen Regierung zu korrigieren. Graf Bülow entscheidet, was von den kaiserlichen Willensäußerungen in die Öffentlichkeit gelangen soll und was nicht. Nur die Soldaten haben den Vortzug, von der Bülowschen Censur ausgenommen zu sein.

Deutsches Reich.

Was die Schulkinder von den Hunnen lernen. Nachstehende Stellen entnehmen wir einem bekannten Schulbuch: „Die deutsche Geschichte.“ Für Schule und Haus von Dr. phil. Friedrich Kohlrausch, Königlich hannoverschem General-Schuldirektor. 15. Aufl. Hannover, Fahnische Hochbuchhandlung, 1896. S. 72 bis 74.

Im das Jahr 375, als Kaiser Valens in Konstantinopel regierte und der abendländische Teil des Reichs unter dem Jüngling Gratian, seinem Neffen stand, kam ein neues und fast unbekanntes, überaus wildes Volk aus Asien hergezogen, welches nicht von deutschen, sondern von finnischen Ursprung war und die Hunnen heißen wurden. Schreden und Angst gingen vor ihnen her und die Menschen, die sie gesehen hatten, beschrieb sie folgendermaßen:

Das Volk der Hunnen überschreitet jedes Maß von Wildheit. Sie haben gedrungene, feste Glieder und dicke Hälse, und ihre ganze Gestalt ist so umgeschlagen und dreit, daß man sie für zweibeinige Tiere oder für solche Flossen ansehen möchte, die man groß ausgehauen als Brüdengeländer hinstellt. Weil man sogleich nach der Geburt in die Wangen der Kinder tiefe Einschnitte macht, damit das Hervorkommen der Haare durch die zusammenlaufenden Narben gehindert werde, so bleiben sie bartlos und sehr häßlich bis zum Greisenalter. Bei dieser unholden und widerwärtigen Gestalt sind sie so toh, daß sie weder des Feuers bedürfen, noch sich die Speisen zubereiten; sondern Wurzeln wilder Pflanzen und das halbrohe Fleisch des ersten besten Thieres, das sie unter sich auf des Pferdes Rücken legen und so ein wenig mürbe reiten, ist ihre Nahrung. In Häusern gehen sie nur, wenn die äußerste Not sie treibt; sie scheuen sie, als vom Leben abgeschiedene Gräber; vielmehr Berge und Thäler unstat durchschweifend, lernen sie von der Wiege an Frost, Hunger und Durst ertragen. Sie leiden sich in leinere Mittel oder in Pelze, von Wäusfellen zusammengedrückt; ihren Kopf bedecken sie mit überhängenden Mützen, ihre Beine mit Vochschänten. Ihre plumpe gemachten Stiefel hindern sie am freien Gehen, deshalb taugen sie wenig für Fußgeschäfte, sondern, beinahe selbengewachsen an ihren Pferden, die zwar dauerhaft, aber häßlich sind, richten sie auf ihnen alle ihre Geschäfte aus. Auf dem Pferde kauft und verkauft ein jeglicher dieses Volks, auf ihm ist und trinkt er, und auf den Hals des schnelleren Tiers geleht, sinkt er in tiefen Schlaf bis zur Gaulelei der Träume; und ist über ernste Geschäfte eine Raufschlagung, so geschieht auch sie in diesem Aufzuge.

Sie beginnen die Schlacht mit einem schrecklichen Geheul; mit Ulysseschellen sind sie da, zerstreuen sich absichtlich in demselben Augenblicke, kommen rasch wieder und schweifen so ohne geordnete Schlachtreihe im unflüchtigen Morde hin und her, und ehe man sie wegen ihrer außerordentlichen Geschwindigkeit erblickt, stürmen sie schon den Wall oder plündern das feindliche Lager. In der Ferne sechten sie mit Wurfgeschossen, deren Spitzen mit seltener Kunst sehr sauber mit Knochen besetzt sind, in der Nähe aber mit dem Säbel; und indem die Feinde den Hieben antwidchen, werfen sie ihnen Schlingen über und schleppen sie mit sich fort.

Niemand haut bei ihnen den Adler oder rühret nur den Pfing an; denn alle Schweine umher ohne feste Eige, ohne Heimat, ohne Gesetz und stehende Sitte, immer flüchtigen gleich; die Weiber wohnen auf den Wagen, weben dort ihre groben Kleider und ziehen die Kinder groß. Auf die Frage, woher er ist, kann bei ihnen keiner antworten; anderswo entsanden, fernhin geboren, und weiterhin erzogen. — Treue der Verträge kennen sie nicht und gleich den unvernünftigen Tieren wissen sie kaum etwas vom Recht und Unrecht, sondern sie fahren in ungezügelter Wut ihrer Begierden auf irgend ein Ziel los und sind bei jeder neu wintenden Hoffnung wieder wankelmütig; ja, sie sind so veränderlich und jähzornig, daß sie zuweilen an demselben Tage ohne die geringste Verleumdung von ihren Bundesgenossen abfallen und eben so ohne alles Jureden sich wieder ausöhnen.

Diese leichtgerüstete und unbändige Menschenart, brennend von einer gräßlichen Raubgier gegen die Fremden, brach am Arabischen Meer hervor, wohin sie schon viel früher durch Kriege und Unruhen aus ihren alten Weidplätzen an den Grenzen Chinas vertrieben waren, und fielen zuerst auf die Alanen, ein asiatisches Volk, von den nördlichen Abhängen des Kaukasus stammend. Die Hunnen jollen den Geistern ihrer alten Fürsten die ersten gefangenen Europäer geopfert haben. Dann wälzte sich ihr ungeheurer Schwarm auf die Gothen.

Der Hunnen-Passus in der letzten Kaiserrede ist authentisch. Die „Nordwestdeutsche Zeitung“, die die Rede in der schärfsten Gestalt veröffentlicht hat, erklärt: „Von dem von uns am Freitagabend veröffentlichten Text der Kaiserrede irgendwie abzugehen, haben wir keine Veranlassung. Der Kaiser sprach langsam und mit lauter, weithin schallender Stimme; für einen einigermaßen perfekten Stenographen war es eine Leichtigkeit, die kaiserlichen Worte im Stenogramm festzuhalten.“

Eine christliche Ausdeutung gegen die Chinapolitik. Die Provinzialversammlung des rheinischen Hauptvereins des Evangelischen Bundes hat vor wenigen Tagen eine Resolution gefaßt, in der sie zum Schluß sagt: „Die Provinzial-

versammlung protestiert noch vom evangelischen Standpunkte gegen den Grundged. daß das Blut der christlichen Missionare durch staatliche Machtmittel zu rächen sei, und macht alle nationalen Kreise auf die Gefahr aufmerksam, daß die von dem Deutschen Reich eröffnete, an sich berechtigte und notwendige Weltpolitik in das Fahrwasser der Kreuzzüge eintreten könnte. Das Reich Gottes wird weder durch das Schwert gebaut, noch durch das Schwert geschlicht.“

Welche Vaterlandsliebe!

Der Patriot aller Völker. Nach einem Bericht der „Times“ aus Konstantinopel wurde der Hinnu Friedr. Krupp in Essen die Panzerung von acht türkischen Panzerschiffen kontraktlich übertragen. Die Angelegenheit sei direkt zwischen dem Bildiz-Kiosk und Berlin arrangiert worden, d. h. zwischen dem Sultan und dem deutschen Kaiser. Kein Todesfall ohne Krupp!

Immer freisinniger. Ueber allzu große Freizheit beschwert sich das — freisinnige „Berliner Tageblatt“. Es schreibt anlässlich der Ermordung des Königs Humbert:

„In den meisten Fällen, und das ist schon wesentlich schlimmer, wird wegen Vergehens wider die öffentliche Ordnung überhaupt keine Anklage erhoben. Man behält sich, besonders gegen die hehrischen und verkehrten Prehorgane, wie sie in einzelnen Gegenden Italiens fast wie in Paris geüben, mit der Willkür. Das italienische Recht, weit reaktionärer in dieser Hinsicht als das deutsche, gestattet die Stillschaltung einer Zeitung, ohne daß darauf eine Anklage zu folgen braucht. Von Zeit zu Zeit wird einmal ein solches Blatt, das sich in gar zu unflüchtigen Beschimpfungen ergeht, mit Beschlag belegt. Damit ist die Sache abgethan. Selbstverständlich erzeugt dieses Vorgehen bei dem Publikum, das den Inhalt nicht kennt, und das von einer strafrechtlichen Sühne nichts hört, den Glauben an einen ungerechten und ungerechtfertigten Eingriff der Behörden. Wir bemerken, daß es sich hierbei nicht etwa um die Freizheit handelt, sondern um öde und gemeine Beschimpfungen. Wenn die Zeitungen bloß die Minister Diebe, Mörder und Schuften nennen, so trägt kein Gahn danach. Wegen solcher Kleinigkeiten ist noch kein Blatt konfiszirt worden. Angenehm überhört nicht. Die Erziehung zur anständigen Disziplin öffentlicher Dinge, wie sie durch eine mit mächtigen Bestrafungen operierende rationale Rechtspflege und durch eine Gesetzgebung bedingt wird, welche die Willkür ausschließt, fehlt vollkommen.“

Wir hoffen, daß nun auch der „Ill.“, die Beilage des „V. Z.“, durch die mächtige Bestrafung seines Redaktors zu einer im Sinne der „Germania“ und „Kreuzzeitung“ anständigen Disziplin öffentlicher Dinge erzogen werden wird. Wenn die Presse mit „Dieben, Mördern und Schuften“ um sich wirft, so sollte die öffentliche Erziehung solcher Geschmacksverirrungen, formale Verleumdungen gerichtlich zu ahnden ist schon rein juristisch ein Anbng, weil es das willkürliche Urteil in die Rechtsprechung einführt. Wir Sozialdemokraten werden alle Tage als Lumpen, Landesverräther, Mörder beschimpft — wir bedauern die schamlosen Gesellen, die derlei Schmärgungen niederschreiben müssen, aber vom Staatsanwalt verlangen wir keinen Schutz. Um aber dem Unwesen solcher solcher Behauptungen, von Verleumdungen, zu steuern, genügt die gesetzliche Pflicht zur Richtigstellung. — Der Freisinn aber schämt sich für mächtige Bestrafung, für die Freizheit mit dem Galgen daneben!

Belohnte Opposition. Zum Geheimen Regierungs- und vortragenden Rat ist Dr. Schilling befördert worden; er gehörte zu denjenigen Landräten, die wegen ihrer Haltung gegenüber der Kanalvorlage im Landtage von der Regierung gemäßigert wurden.

Das „freisinnige“ Bürgerthum mag daraus einen Beweis entnehmen, wie man in Preußen zu Ehren kommt!

Ermordete Staatsoberhäupter.

In den letzten hundert Jahren sind, wie wir einer Zusammenstellung bürgerlicher Blätter entnehmen, siebenzehn Staatsoberhäupter und eine Kaiserin ermordet worden:

Bar Paul I. von Rußland wurde in der Nacht zum 23. März 1801 durch Verschwörer, deren Haupt der Graf Peter von der Pahlen war, im Mikailowschen Palast zu Petersburg mit seiner eigenen Schärpe erdrosselt.

Der Sultan Selim III. ließ Mustafa IV., nachdem er zur Regierung berufen worden war, in Haft nehmen und im Mai 1808 erdrosseln.

Graf Capodistrias, Präsident des griechischen Staats, wurde nach dreijähriger Präsidentschaft, am 9. Oktober 1831 zu Neupha beim Eintritte in die Kirche St. Spiridon von Konstantin und Georg Rauronichals durch vier Dolchstiche in die Brust getödtet.

Herzog Carl von Parma wurde im Juni 1804 erschossen.

Der erste Fürst von Montenegro, Danilo I., fiel nach achtjähriger Regierungszeit im Jahre 1860 der Wut der Soldaten zum Opfer.

Der sechzehnte Präsident der Vereinigten Staaten von Nordamerika, Abraham Lincoln, wurde ein Opfer des Schauspielers Wilkes Booth, der ihn am 14. April 1865 während der Vorstellung im Fords-Theater zu Washington von der Bühne aus erschoss.

Drei Jahre später, 1868, fiel der Fürst von Serbien, Michael Obrenowitsch, durch Mordhand im Waldpark Topzpider bei Belgrad.

Im Jahre 1870 wurde der Präsident von Haiti, Salnave, erschossen.

Das Jahr 1875 brachte die Ermordung des Präsidenten von Ecuador, Doktor Garcia Moreno.

Der 32. Sultan der Osmanen, Abdul-Aziz-Chan, wurde am 30. Mai 1876 von dem Kan aufgewungenen „patriotischen Ministerium“ des Mehmed Ruschi und Hussein Awmi genötigt, zu Gunsten seines Neffen Mehmed Murad dem Thron zu entsagen.

Am 4. Juni 1876 hieß es, er sei als Staatsgefangener eines natürlichen Todes gestorben. Ein im Juni 1881 gegen mehrere der höchsten Staatsbeamten eingeleiteter Prozeß ergab indessen, daß Abdul während der Nacht in seiner Zerkerkzelle ermordet worden war.

Garfield, der 20. Präsident der Vereinigten Staaten, erliegt am 2. Juli 1884 in Washington von einem Fanatiker, namens Guiteau, einen Revolverstich in die Brust, der zwar nicht sofort tödlich war, den Präsidenten aber zu langwierigem Siechtum verurteilte, wovon ihn am 19. September desselben Jahres der Tod erlöste.

Bar Alexander II. von Rußland wurde am 13. März 1881 auf der Rückkehr von einer Parade das Opfer eines Anschlags; Orsini-Bomben wurden unter seinen Schritten geworfen, die beim Plagen ihn so verwundeten, daß er sich in wenigen Augenblicken verblutete.

Am 7. Juli 1870 wurde der Präsident Mendez der Republik San Salvador ermordet.

Am 24. Juli 1894 tötete in Lyon Caserio den französischen Präsidenten Carnot.

Zuchent erschoss am 10. September 1898 zu Genf die Kaiserin Elisabeth, als sie eine Dampferfahrt unternehmen wollte.

Es fielen also durch Mordhand: 9 Präsidenten, 2 Kaiser, 2 Fürsten, 2 Sultane, 1 Schah und 1 Kaiserin.

Wenigerwert ist, daß in mehr als der Hälfte der Fälle die Oberhäupter von Republiken ermordet wurden. Ein beträchtlicher Teil fällt auf monarchische Familienmorde, wo die zärtlichen Verwandten und Standesgenossen den Mord veranlassen. Attentate, die von politischen Fanatikern ausgeführt worden, haben wohl immer zur Entdeckung und Bestrafung der Schuldigen geführt. Aber das Schaffott hat keine abschreckende Wirkung gehabt.

Schäftigkeits-Prämien. Aus Ostpreußen schreibt man uns: Zur Debung der Schäftigkeit der Landarbeiter sind die verschiedenartigen Vorschläge gemacht. Man ist aber auch zu Thaten übergegangen, indem man Arbeitern, die sehr lange Zeit an einer Stelle in Arbeit geblieben haben, mit Diplomen, Medaillen oder kleinen Geldbeträgen belohnt hat. Das letztere Mittel soll auch in

ostpreussischen Kreise Johannesburg zur Anwendung gelangen. Die Kreisvertretung hat 2000 M. für Prämien ausgesetzt, die an Arbeiter gezahlt werden sollen, die zwanzig Jahre und darüber an einer Stelle gearbeitet haben. Durch eine Bekanntmachung im „Kreisblatt“ wurden die Arbeitgeber aufgefordert, Angaben zu machen, an wen Prämien zu zahlen seien. Unser Parteigenosse Gütschewitz E. H. K. Komoro w konnte aus den 35 Familien, die er auf seiner Besitzung beschäftigt, 25 Personen angeben, die 20 Jahre und darüber — einige sogar über 40 Jahre — bei ihm arbeiten. Monat auf Monat verging, die Komoro wener Arbeiter belamen aber keine Prämien. Nach Verlauf von sechs Monaten erlaubte er sich die Anfrage, wie es denn mit der Verabfolgung der in Aussicht gestellten Prämien stehe. Bis jetzt ist noch keine Antwort erteilt.

Es ist natürlich selbstverständlich, daß die mit der Verteilung der Geldbeträge beauftragte Behörde, die ja der Abwanderung der Landarbeiter vorbeugen will, ihre größte Freude daran hat, daß bei einem sozialdemokratischen Gütschewitz die Arbeiter eine seltene Schäftigkeit an den Tag legen. Beschäftigte doch E. H. K. während der Ernte und zu einer Zeit, wo heimische Arbeiter in Massen auf den Gütern nachgerade zu den Seltenheiten gehören, nicht einen einzigen Ausländer.

Unre sozialdemokratischen Gütschewitz leiden also nicht unter der Leutenot.

Die Flucht aus dem Osten.

Wir berichteten erst kürzlich über allerlei Betrachtungen des Königsberger Professors v. Gerlach über die Landflucht der Arbeiter aus den östlichen Provinzen. Die eigne Verschuldung der ländlichen Arbeitgeber streifte der Autor dabei nur sehr kurz. Sehr deutlich läßt sich aber über diesen Punkt ein anderer Sachkennner aus, der selbst jahrelang Landwirt in Ostpreußen gewesen ist. Die Mitteilungen finden sich in einem Aufsatz: „Eine Kulturflucht aus dem Osten“ im neuesten Heft der Preussischen Jahrbücher von Karl Schmelzer. Von einem Gut im südlichen Ostpreußen, nahe der polnischen Grenze, von dem zu Racini die Hälfte der Leute nach Westfalen gezogen ist, schreibt er:

„Ich habe herumgefragt; überall nur eine Antwort: „Der Herr hat an dem Abzug der Leute die Schuld.“ Dabei giebt man sie ihm weniger darin, daß er nicht zur rechten Zeit zugelegt hat, sondern darin, daß er die Leute, die ihn wegen der Zulage sprengen wollten, nicht vor sich gelassen hat. Er glaubt sie durch ein „Sicherwerden“ bis über Racini hinhalten zu können; doch die Leute fühlten sich dadurch, daß sie nicht für wert gehalten wurden, das Angeficht ihres Herrn zu sehen, beleidigt, und was zuerst ein ungewisser Plan war, gewann durch dieses Verhalten feste Gestalt: die Hälfte erneuerte ihren Kontrakt nicht mehr. Ein alter Vogt hat zu mir gesagt: „Ein paar Liter Schnaps und ein gutes Wort hätten sie gehalten.“ Dieser Ausbruch charakterisiert besser, als dieleiwige Bücher klugzulegen vermögen, den Unterschied zwischen hiesigen ländlichen Arbeitern und Unterleitern aus der Großstadt, die organisiert sind und um Lohn und Arbeitszeit regelrecht kämpfen. Als nun der Herr sah, daß er so nichts anrichten konnte, legte er zu und ließ den Leuten sagen, er würde ihnen neue Wohnungen bauen. Nur wären die Deputanten gern geblieben, wenn sie nicht schon alles für das Ueberstiebeln nach Westfalen vorbereitet hätten; sie hatten das Hausgerät und auch ihre Kuh verkauft.

Hier, wie in den meisten Fällen, wenn es nicht die Ueberladung der Güter ist, die es den Besitzern unmöglich macht, den Ansprüchen der Leute zu genügen, bildet der „unmoderne“ Herrengeist die Gefahr für die Entvölkerung dieser Gegenden. Ich sagte früher, der Herr ist hier noch immer der Herr; er ist es leider noch viel zu viel; er kann sich nur schwer in die Gedanken fuden, daß er mit den Wünschen der Leute auch zu rechnen hat und daß er nur herrschen kann durch Klugheit, nicht mehr durch Gewalt. Er untergräbt seine Autorität, indem er zuviel verlangt, und erst recht dann, wenn er in der für ihn bösen Erfahrung, daß die alten Heremittel nicht mehr wirken, ängstlich wird und gegen das Eindringen des modernen Geistes Thüren und Fenster schließt. Dann schenkt er der Besizer, in persönlichen Verkehr mit seinen Leuten zu treten, unterkühlt von der hier traditionellen Ansicht, daß es nicht sein sei, sich zu viel mit den Leuten einzulassen; er wird ihnen immer fremder, er weiß sich weder in die durch die allmächtige Zeit veränderten Lebensanschauungen des Landvolks zu fuden, noch kennt er die erst durch diese veranlaßten Wünsche und Bedürfnisse. Nur zu geneigt ist er, alle an ihn herantretenden Forderungen, weil er deren Wurzel nicht bloßlegen kann, als Anmachungen und Frechheiten zu betrachten, von denen er sich aber, weil er fern steht, kein richtiges Bild machen kann. Den Zusammenhang mit seiner Wirtschaft erhält er dann nur noch durch seine Inspektoren und Edgä. Oft werden aber Inspektoren entlassen, weil sie in den Geruch geraten, es mit den Leuten zu halten und machen andren Blay, die dem Herrn zum Munde reden.“

Für die Behandlung der Arbeiter noch das folgende wörtliche Zeugnis eines Landwirts: „Früher, als die Leute bei uns bleiben wollten, haben wir sie doch zu schlecht behandelt. Wenn damals ein Keil kam und wollte nach dem Markt gehen und hatte das Mehl kaum aufgemacht, so hörte man ihn nicht an und schmiß ihn einfach heraus. Solche Behandlung rächt sich jetzt.“

Die unausbleibliche Folge solcher Behandlung ist, daß das Land entvölkert ist und alles was jung und arbeitsfähig ist, davon läuft. Ein ostpreussischer Oberinspektor sagte: „Wir sind hier nur noch Kleinwunderbewahranstalt, Kranken- und Alterspfleger. Gaben Sie hier noch stromme Kerle gesehen? — Ja nicht.“

Das demokratische China.

Daß China ein seit Jahrhunderten stagnierender Staat sei, der nichts Neues, Lebendiges mehr schaffen könne, sich nicht mehr entwickle und im langwierigen Absinken begriffen sei, das ist fast alle die ausgemacht, die einen Grund für das Einbrechen der Europäer in China aufweisen müssen.

Anders die Wissenschaft, die neuerdings mehrfach zu ganz andern Anschauungen über die chinesische Kultur und die Entwicklungsfähigkeit des Landes gekommen ist. Einmal wird das ungeheure Alter der chinesischen Kultur bestritten und dargelegt, daß sie jünger sei als die griechisch-römisch-europäische Kultur und daß die staatlichen und sozialen Verhältnisse in China in fortwährender Weiterentwicklung begriffen seien.

Dr. Albr. Witt in Frankfurt a. M. legt in den „Preussischen Jahrbüchern“ dar, daß in China die wichtigste Entwicklung der Wissenschaften, des staatlichen und ländlichen Lebens erst nach Christus stattgefunden hat. Die richtige Geschichtsbearbeitung beginne 80 v. Chr. Die Naturwissenschaften haben ihre erste Blüte erst im achten Jahrhundert n. Chr. erlebt.

Viele Sitten der Chinesen, die wir für besonders bezeichnend halten, seien gar nicht besonders alt. Ihre Tracht und das Einschneiden der Füße stamme aus dem 9. oder (nach andern) dem 11. Jahrhundert. Stellen wurden anfänglich durch Gurt verkleben oder verknüpft, erst im 1100 wurde das System der jetzigen Färsungen eingerichtet. Der Fopf, ohne den wir uns den Bürger des binnlichen Reichs gar nicht denken können, sei durch die Mandchus zwangsweise eingeführt worden. Ähnlich könnte man für die Familie, für die Dorfverwaltung, für die Vobenzgesetzgebung, für Kriegswesen und Handel nachweisen, daß die bedeutungsvollste Entwicklung nach Christus einsetzt oder gar nur wenige Jahrhunderte vor der Gegenwart zurückliegt.

Die zweite Stufe wirklicher Erkenntnis chinesischer Zustände sei, daß China nicht seit Jahrhunderten oder gar Jahrtausenden stillgestanden habe und verknüpfert sei, sondern eine unablässige, niemals ruhende Entwicklung durchgemacht habe. Die chinesische Kultur sei eben jünger als die europäische und das Land stehe nicht am Ende, sondern am Anfang seiner Blüte.

Dadurch würde dann allerdings das jetzige Aufflammen des Nationalgeistes in China und das Bestreben, die Entwicklung des

Landes durch die Europäer nicht gestört zu sehen, sich hinlänglich erklären.

Wirth weist des Weiteren auf den demokratisch-sozialistischen Charakter der Entwicklung der chinesischen Gesellschaft hin. Der Gegensatz zwischen „Bourgeoisie“ und Proletariat ist auch in China vorhanden:

„Im übrigen aber ist das einzige, was eine soziale Umgestaltung bedingt, der Umstand, ob einer zur Beamtenchaft gehört oder nicht und welchen Rang er in der Beamtenhierarchie einnimmt. Allein auch dies ist nicht von alzu großem Belang. Denn die Zahl der Reichsbeamten ist ungemein gering. Sie betrug in der Mitte des 19. Jahrhunderts nicht mehr als 13 000. Die Erklärung dieser auffallenden Erscheinung liegt darin, daß das Volk in den unteren Kreisen sich selbst regiert, ähnlich wie bis vor kurzem der russische Mir. Jedes Dorf besitzt, ohne Einmischung von oben, seine eigene Verwaltung, und selbst für eine Bevölkerung von 10 000 Seelen ist oft nur ein einziger kaiserlicher Beamter vorhanden. Und auch eine derartig weitgehende Demokratisierung hat den Chinesen noch nicht genügt. Ihre gefährlichsten Aufstände gingen aus dem Bestreben hervor, die noch vorhandenen Unterschiede gänzlich abzuschaffen, das Land zu „nationalisieren“, kurz, den reinen Staatssozialismus durchzuführen.“

Wirth sieht in dieser Entwicklung, die natürlich gerade ein Kennzeichen hoher fortschreitender Kultur ist, den Grund für die Schwäche Chinas:

„Dieser verfluchende Radikalismus, dieser Mangel an fördernder, fruchtbarer Wechselwirkung der Stände, der in schneidendem Gegensatz zu der farbenprächtigen, thatensfrohen Lebensfülle des aristokratischen Japans steht, er ist vielleicht das wahre Geheimnis der jetzigen Schwäche Chinas, namentlich der militärischen und kulturhistorischen Schwäche. Dagegen entspringt jener Gleichmäßigkeit der vollständigen Wiederingung eine bedeutende passive Widerstandsfähigkeit nach außen. Man kann die Chinesen nicht wie die Polen dadurch trennen, daß man die Kanonen gegen den Adel aufstellt. Und man kann sie ihres Volkstums nicht berauben.“

Was Herr Wirth „verfluchenden Radikalismus“ nennt, ist in Wahrheit ein Zeichen hochentwickelter Kultur. Schon möglich, daß China sich als militärisch widerstandsfähig erwiesen hat, gerade weil es in dieser Hinsicht einen höheren Grad der Kultur erreicht hat, als Europa; die militärische Barbarei muß einem zivilisierten Volke zuwider sein. Gleichwohl läßt sich auch diese Barbarei leicht erkennen und wir werden vielleicht noch überraschende Erfahrungen machen, daß auch der „verfluchende Radikalismus“ der Demokratie die nationale Notwehr nicht verhindert. Auch dieser demokratische Vorzug der chinesischen Kultur erklärt es, daß man sich auflehnt gegen die „thatensfrohe Lebensfülle des aristokratischen“ Europas und all seiner Sinechtheit, Ausbeutung und Unterdrückung.

Chinesisches Kriegsgedicht. Ein Chinesischer Dichter hat das folgende Kriegsgedicht verfaßt, das Ähnlichkeit mit dem „Jes. Jg.“ erweist, übersetzt hat:

Gelommen sind die Scharen
Der nordischen Barbaren
Mit langen hellen Haaren,
Mit Haaren hellen langen,
Die ihnen wie die Schlangen
Von beiden Schläfen hängen.
Gelommen sind die Scharen
Der nordischen Barbaren,
Die stets ein Schwert uns waren,
Die keine Häuser bauen,
Bestellen keine Auen,
Wie soll uns dros nicht grauen.
Sie essen rohe Speise
Und leben nicht vom Meiß
Und Mais auf unre Weise.
Mit Vogelfedern zieren
Sie ihren Kopf und ihren
Leib mit dem Fell von Bieren.
Gelommen sind die Scharen
Und durch das Land gefahren,
Das ruhig war seit Jahren,
Der Fürst von Li muß fliehen,
Geh Wei zum Fürsten ziehen,
Ob Hilf ihm sei verziehen.
Und weil ihr so verzehret,
Und keine Hilfe liebet,
So kommt nur mit und flehet!
Wis Wei sind nun die Scharen
Der nordischen Barbaren
Und werden weiter fahren! — —

Die nordischen Barbaren tragen nun zwar keine langen Haare mehr, auch bauen sie Häuser, aber sie fahren noch immer in Ländern, die ruhig waren. Zugunsten aber haben es die Chinesen gelernt, Widerstand zu leisten, nachdem sie den nordischen Barbaren ihre Künste abgelauscht haben.

Koloniale Verrohung.

Der noch zu süßende bestialische Nord, den Prinz Arenberg in Südwestafrika beging, wurde seinerzeit abseitig und insbesondere auch im Reichstag, sowohl von allen Parteien als auch seitens der Regierung verurteilt. Nun aber der Tag des Gerichts über den prinzipalen Mörder herandrückt, verjagen koloniale Kulturträger das Verbrechen zu beschönigen und eine mildere Beurteilung und Verurteilung eines der Ihren herbeizuführen. Es wird behauptet, Prinz Arenberg habe es im dienstlichen Interesse zur Sicherung des betreffenden Gebietes für nötig erachtet, daß der Vastard Witz Rain „helfeilig“ würde; auch habe er einen Anschlag der Leute Rain auf sein eigenes Leben bestrafet — eine Behauptung, die frei erkunden ist. Ganz allgemein nimmt der Artikel für Offiziere das Recht in Anspruch, ohne Urteil und Befehl „Eingeborene bestrafen zu lassen“, wenn das nach ihrer individuellen Anschauung für die öffentliche Sicherheit nötig ist. Es liegt weder ein Mord noch ein Totschlag vor. Schließlich führt der Artikel an:

„Eine ganz andre Frage ist es, wie er dabei verfahren ist. Darin hat der Prinz entschieden einen großen Fehler begangen, weshalb er auch bestraft werden wird. Er hatte zunächst den Soldaten befohlen, auf Rain zu schießen; der Vastard würde dabei nur verwundet, nicht totgeschossen. In letztem Fall würde die Sache in Ordnung gewesen und Prinz v. Arenberg hätte sich standesgemäß und korrekt verhalten. Statt dessen hat der Prinz mitgeholfen, den Rain, der verwundet dalag, zu töten. Darin liegt das Unstandesgemäße und Unkorrekte.“

Die Verrohung hat sich so tief in die kolonialen Gemüter eingegriffen, daß sie als Selbstverständlichkeit zur Schau getragen wird. Nicht der Mord, auch nicht die schenallige Art des Mordes wird als Verbrechen erwidert, nur daß der prinzipale Offizier sich ferabläßt, höchstselbständig einen erbärmlichen Regent den Rest zu geben, statt sich Weisungen zu der Umharn zu bestellen — das ist das Vergehen. Und kein Vergehen gegen Sittlichkeit und Recht, ein Vergehen gegen die Standespflichten!

Der Versuch, den Standesgenossen zu schlingen, offenbart die schamlose Verrohung, der das Heldentum der Kolonien verfallen ist. Eher noch als die vielleicht in Erregung begangene That erschließt die latibulig standesgemäße Verschönerung. Unglaublich aber klingt die fernere Meldung, daß der Gouverneur von Südwestafrika, Oberstleutnant Leutwein sich an einem Abschiedsessen für den Prinzen v. Arenberg beteiligt habe, obwohl derselbe wegen seines Vergehens in erster Instanz schon verurteilt war, und daß der Gouverneur auch den Offizieren, die sich nicht an der Abschiedsfeier beteiligten, keine Unzufriedenheit kundgegeben habe.

Ausland.

Der Thronwechsel in Italien.

Nachdem die Sensationspresse wochenlang die gläubigen Leser mit dem schauerlichen Blutbad in Peking genarrt hat, wird jetzt, da jene Geschichten sich als rohe Lügen erwiesen, das Publikum mit der anarchohistorischen „Verschwörung“ unterhalten, der König Humbert zum Opfer gefallen.

Irgend eine Rarität aus der Schredensammer muß aber für die Kunden dieser Fabelpresse immer zur Verfügung stehen. Wir verzichten auf die Wiedergabe dieser Phantasten.

Das Ministerium Saracco bleibt unter dem neuen König am Ruder.

Die von Wilhelm II. an König Victor Emanuel III. gerichtete Trauerkundgebung hat folgenden Wortlaut:

„Tief erschüttert durch den Tod Deines edlen Vaters, meines innig geliebten treuen Freundes und Bundesgenossen, sende ich Dir mit dem Ausdruck meiner Trauer meine aufrichtigen und heißen Wünsche für Deine Regierung. Möge die Freundschaft, welche unsre Häuser und Völker während der Regierung Deines Vaters vereinigte, immer forbestehen. Sein Gedächtnis bleibt auf ewig in mein Herz eingeschrieben.“ — Eine unpolitische Kundgebung! —

Afrika.

Der Boerenkrieg. Dem „Renteschen Bureau“ wird aus Standerton vom 31. Juli gemeldet: Die Boeren, welche kürzlich verfuhrten, die britischen Patrouillen aus einem Hinterhalt zu überfallen, wurden gezwungen, sich gestern von ihrer Stellung bei Zonderveld zurückzuziehen, nachdem ihre Stellung beschossen worden war. — Gildhard, der bei Volkskrust operiert, zwang Abteilungen der Boeren unter Christian Botha, sich aus der Umgegend der Eisenbahn zurückzuziehen.

Die Nachricht über die Kapitulation des Hauptcorps der Freischützer von 5000 Mann erweist sich als Mystifikation. Nur der kommandierende Prinzloo kapitulierte persönlich mit angeblich 900 unzufriedenen Boeren, während die Kommandanten Kourie, Colite und Koug mit dem Hauptcorps, der gesamten Artillerie und dem Train in nordwestlicher Richtung Dewet und Steyn folgten, welche die Vereinigung mit Botha herstellten. Die angeblich erbeuteten neun Kanonen schrumpften zusammen auf ein 9 Centimeter-Geschütz.

Die diesjährige Maifeier in Rußland.

Die vorjährigen Demonstrationen haben die Regierung veranlaßt, in diesem Jahre ein besonders wachsam Auge zu halten. Die Ueberwachung „verdächtiger“ Personen wurde mit größter Energie betrieben und als der Mahtag kurz vor der Thür war, glaubte die Regierung mit Verhaftungen einpreißen zu müssen. Es war ein Plan ausgearbeitet, nach dem in der Nacht vom 27. auf den 28. April in allen Orten zu gleicher Zeit Hausdurchsuchungen vorgenommen werden sollten. Man wollte die Proklamationen, die in den letzten Nächten vor dem 1. Mai zur Verbreitung kommen sollten, abfassen, um so die Mai-Agitation zu vereiteln. Es wurde denn auch in den Nächten vom 27. April an buchstäblich in fast ganz Rußland gehausucht. Der Erfolg war gering. Wenn also auch kurz vor dem 1. Mai es nicht gelang, größere Massen von Flugblättern in die Fabriken zu werfen, so konnte das nur wenig Einfluß auf den Ausfall des Tages ausüben. Daß die Feiern in diesem Jahre nicht in solch imposanter Weise zu Tage trat, wie man, gestützt auf die vorjährigen Erfahrungen, voraussetzen mußte, das hatte seine Ursache in den Arbeitsmarktverhältnissen. Den ganzen Winter hindurch war ein großer Teil der Fabrik- und Hofenarbeiter ohne Beschäftigung. Viele Betriebe mußten geschlossen werden oder arbeiteten nur mit halber Kraft. Die Krisis hatte einen allgemeinen Stillstand hervorgerufen. Ende März wurde es besser, Arbeitskräfte waren gesucht, die Arbeiter freuten sich auf den 1. Mai und gedachten an diesem Tage an mehreren Orten größere Streiks in Bewegung zu setzen. Sie glaubten bei den ausbleibenden Verhältnissen sich leicht durchsetzen zu können. Doch die Sachlage änderte sich: ungefähr vierzehn Tage vor dem 1. Mai wurde die Geschäftslage besonders im Handel plötzlich merklich flau. Arbeiter wurden entlassen, an eine Lohnreduzierung war nicht zu denken, der Streik mußte fallen gelassen werden, die Organisation einer Kundgebung rein politischer Natur war nicht in Scene gesetzt worden und das alles zusammen schuf eine Situation, die einer umfangreichen Manifestation nicht genügende Nahrung geben konnte. So erklärt es sich, daß — man darf keine Selbsttäuschungen aufkommen lassen — die Maifeier nicht zu allseitiger Beteiligung ausfiel. Die Organisationen werden, indem sie aus den diesjährigen Erfahrungen die Lehre ziehen, künftighin der Feiern mehr wie bis jetzt den Charakter einer politischen Demonstration als dem einer ökonomischen geben müssen. Der Demonstrationstreik, wie er in den letzten Jahren propagiert worden ist, muß aufgegeben werden. Er hängt, wie wir es in diesem Jahre deutlich sehen, zu sehr von den augenblicklichen und lokalen wirtschaftlichen Verhältnissen ab. Wie lassen nunmehr einige der Mitteilungen, die wir bis jetzt erhalten haben, hier folgen.

Der „Petersburger Verband des Kampfs zur Befreiung der arbeitenden Klassen“ verbreitete am 1. Mai (a. St.) eine Proklamation in 5000 Exemplaren. Eine Feiern zu veranstalten gelang nicht. Die Arbeiter der Fabrik Pahl legten die Arbeit nieder und verlangten Lohnerhöhung, der Zeitpunkt war aber schlecht gewählt und der Streik verlief nur mit wenigem Erfolg. Bei den Hausdurchsuchungen wurde nichts gefunden, trotzdem wurden aber am 28., 27., 28. und 29. April zusammen ca. 100 Personen verhaftet. Unter den Verhafteten befanden sich folgende, deren Namen bis jetzt bekannt geworden sind: Smidowitsch, Helena Saitchepolew, Kolotow (Ingenieur), Simowa, Pjatschedrinow, Rowilow, Schulow, Pjerschetow, Simien, Marie Simonow, Marie Sawilich, Fedorowitsch, Wesslaw, Dmitriwilow, Semljaneichin, Wajlschewa, Sergei Domratschew, Nikolajowa, Kordschewilowa, Ischelschowa, Romanow, Woinowa, Anna Runika, Kojanilowa, Jelenski, Joff, Polownilow, Maklowel, Garin, Anna Karkelitsch, Michail Bagdanowitsch, die Arbeiter Petrow, Swarnigilowa, Kraslow, Schilow, Tjagur, Baralow, Pirau, Jegerew, Goldfar, Khabin, Swerischewski, Wladimir Sworilka. Von dem Genannten sind die meisten Studierende und Arbeiter. Das Kiewer Komitee erließ ein in seiner eignen Druckerei hergestelltes Flugblatt. Es fand eine geheime Versammlung statt, die sehr gut besucht war, doch zu einer Demonstration kam es nicht. Vom 27. auf den 28. April wurden 25 Personen verhaftet. In Odessa wurden die Mai-Flugblätter schon recht frühzeitig, Mitte April, verbreitet. Die Gendarmen verfuhrten der Organisation auf die Spur zu kommen. Am 16. und 17. April wurde zu diesem Zweck fast das ganze Arbeiterviertel durchsucht, jedoch ohne Erfolg. Am 1. April gelang es, eine geheime Arbeiterversammlung zu veranstalten. Nach dem 1. Mai kamen wieder Hausdurchsuchungen und mit ihnen auch Verhaftungen von circa 120 Personen vor. Von den Verhafteten nennen wir Josef Waisfeld, Pomeranz, Prodel, Woloschin, Schrimist, die Schwedinnen Fodorow. Die Namen der übrigen ist noch nicht gelungen zu erfahren. In Rostow wurde zum erstenmal ein Massenflugblatt verbreitet. Die Polizei war aus Rand und Bond. Der jüdische Arbeiterbund in Rußland und Polen“ verbreitete in den Städten Litauen und Polens eine Nummern der „Arbeiterstimme“. Ein Aufruf seitens des Centralkomitees und des Komitees in Lodz, Warschau, Belostol und Wlinsk forderte die jüdischen Arbeiter auf, gemeinsame Sache mit den polnischen zu machen und so sollen auch an der Warschauer Demonstration circa 2000 jüdische Arbeiter teilgenommen haben. Der Bund der Wärfenarbeiter gab eine Festnummer seines Organs „Der Beder“ aus. In Wilna kam es zu einer Demonstration, an der sich bis 1000 Arbeiter beteiligten. Die Flugblätter waren massenhaft ver-

breitet, selbst in dem Stadttheater fand man sie. Am 6 Uhr morgens waren die Straßen schon von Kosaken überfüllt, um 8 Uhr begannen sich die Arbeiter zu versammeln. Die Kundgebung verlief ruhig, denn die Polizei hielt es für ratsam, nicht einzuschreiten. In Kreslawka (Gouv. Witebsk) beteiligten sich an der Demonstration 300 Personen. In Dünaburg war eine geheime Versammlung von 150 Personen. In Witebsk war ein allgemeiner Ausbruch. In Moskau wurden massenhaft Flugblätter verbreitet, doch zu einer Straßenkundgebung kam es nicht. In Jekaterinoslaw wurde am 25. April (a. St.) in die Fabriken eine riesige Masse von Flugblättern geworfen. Hieraus kamen in der Nacht vom 27. auf den 28. April Hausdurchsuchungen und Verhaftungen. Die Zahl der Hausdurchsuchungen überstieg 100, 80 Personen wurden verhaftet. Unter anderem wurde auch das Siegel des Komitees gefunden und in Kremenchug auch eine Drucker mit 500 Flugblättern und den Formen, die für die Maidemonstration hergestellt worden waren, entdeckt. Auch hier gelang es aber der Regierung nicht, die Organisation zu lähmen. Das Komitee setzte seine Tätigkeit fort und schon einige Tage nach den Verhaftungen verbreitete man wieder circa 500 rote Plakate und Broschüren. Das riesige Bajansker Fabrikabstimmung war mit Militär umgeben, auf den Straßen waren die Polizeiposten verstärkt; zu einer Manifestation kam es nicht. Von den Verhafteten befinden sich 25 in Kiew, die andern in Jekaterinoslaw und Charkow. In Kiew sind verhaftet: Polajonz, Werchin, Lawranow, Kraslawitsch, Krupilawski (Arzt), Opus, Poinjalow, Moiskigh, Schikarewitsa, Wendelewitsa, Lufjanichilawa, Kaban, Mitrosanow, Semscharowitsch, Sanschur, Bablin, Sublow, Bolodin, Altschuler, Chawsei, Tschernichin, Malakow, Majorof, Poljakow, Koweleh; in Charkow: Fran Polajonz, Tschinow, Rejzerlow, Matuschewitsch, Wiler, Rabinowitsch, Pjatschima. Die Namen der übrigen sind noch nicht bekannt.

In Charkow gelang die Maidemonstration vorzüglich. Das Charkower Arbeiterkomitee erließ einen Aufruf und am 1. und 2. Mai waren schon 11 000 Arbeiter der Eisenbahnwerkstätten und Fabriken in den Ausbruch getreten. Auch hier wurden viele Arbeiter verhaftet, doch ihre Genossen wollten eine solche Gewaltthat der Polizei nicht zulassen. Einige Tausend Arbeiter umringten das Gefängnis und forderten die Befreiung der Arrestierten. Der Gouverneur verlangte, die Arbeiter sollten zuerst die Arbeit wieder aufnehmen, dann werde er die Verhafteten freigeben. Die Arbeiter ließen sich darauf nicht ein. Nach einigen Tagen mußte der Gouverneur nachgeben und die Arbeiter aus der Haft entlassen. Während des Streiks kam es zu Zusammenstößen zwischen den Arbeitern und dem Militär. Viele Arbeiter wurden nach dem Streik aus Charkow ausgewiesen.

Ueber die Maidemonstration in Polen resp. Warschau hat der „Vorwärts“ schon bereits Mitteilungen gebracht, es erbringt noch einige Worte über den Ausfall der Feiern in den baltischen Ostseeprovinzen zu sagen. Auf Riga und Libau bezieht sich besonders das, was ich am Anfang dieser Notiz gesagt habe. Die vorjährige Stimmung der Arbeiterchaft im vorigen Jahre wurde in diesem durch die schlechte Arbeitsmarktlage erheblich gemindert. Dazu kommt noch, daß hier die Regierung wie kaum irgend wo so eifrig sich ins Zeug legte, um Demonstrationen, wie im vorigen Jahre, zu verhindern. Am Vorabend des 1. Mai wurden an das Militär scharfe Patronen verteilt und der Befehl erlassen, auf das Verlangen der Polizeibehörde sofort gegen die Demonstranten einzuschreiten. Die Arbeiter von Riga wollten am Vorabend oder nötigenfalls auch nachts die Gräber der vorjährigen Maifesten besuchen, doch die Gendarmen hatte Lunte gerochen. Sie wollten diesen Zug, der gleich nach dem Feierabend stattfinden sollte, um jeden Preis verhindern. Das Militär umgingelte sämtliche größere Fabriken und ließ nicht eine Vereinigung der aus den Arbeitsstätten kommenden Menschenströme zu. Den Gedanken eines Demonstrationszuges mußte man nun lassen. Auch am 1. Mai waren dieselben Vorsichtsmaßregeln getroffen wie am Vorabend. Die Arbeiter fühlten, daß ein Zusammenstoß mit der ungeheuren bewaffneten Macht vorläufig noch nicht wünschenswerte Ergebnisse zeitigen könnte und sie fügten sich. Doch wie fast aber der innere, niedergedrückte Jörn in ihnen geknallt hat und noch fortlebt, das schildert uns eine Korrespondenz der „Frankfurter Zeitung“ aus Riga vom 10. Juni. Wie glauben aber dazu bemerken zu müssen, daß das, was die „Frankfurter Zeitung“ von „gewissenloser Agitation“, „zweifelhaften Elementen“, „Anhängern des Nihilismus“, „anarchistischen Flugblättern, in denen zu Mord und Brandstiftung aufgefodert werde“, eine infame Schwindelerei ist. Die Hausdurchsuchungen fanden in Riga und Libau in den Nächten vom 27. April an bis Mai statt. In Riga wurde u. a. auch bei sämtlichen Arbeiterinnen der Holzgerätemanufaktur gehausucht. Man fand nichts, aber trotzdem wurden einige Arbeiter und Intelligente ins Gefängnis gebracht, wo sie einige Tage, bis der 1. Mai vorüber war, bleiben mußten. In Libau sind bis jetzt 31 Personen aretliert worden. Da das Libauer Gefängnis schon überfüllt ist, so wurde ein Teil der Gefangenen nach dem Gefängnis in Hafenort gebracht. Unter den Verhafteten befinden sich auch folgende, deren Namen wir ermitteln konnten: Wahrens (schon das zweite Mal), Rateneels (ebenfalls), Schuburs (ebenfalls), Abels, Wilmanis, Stolberg, die Arbeiterinnen Ewysie, Natul und Krum. In sämtlichen Städten der baltischen Provinzen wurden von der baltischen Sozialdemokratie schon mehrfach vor dem 1. Mai Broschüren und Flugblätter verbreitet. Die letzte Verbreitung des Maiflugblatts fand statt in derselben Nacht, da die Verhaftungen vorgenommen wurden. Also auch hier war die Polizei nicht auf der richtigen Spur. Alles in allem muß man sagen, wenn sonst nicht große Erfolge zu verzeichnen sind, einig ist da: massenhaft agitatorische Litteratur ist zu dem diesjährigen Maitag ins Volk geflossen, und daß mancher Some guten Bodens gefunden hat, das werden die nächsten Jahre zeigen.

Partei-Nachrichten.

Partei-Agitation. Die baltischen Genossen werden den Reichstagsbericht unter Reichstags-Fraktion in 10 000 Exemplaren als Flugblatt zum Preise von 5 Pf. per Stück verbreiten.

Ein Aktionsprogramm für die Kommunalwahlen in der Provinz Schleswig-Holstein, dem Fürstentum Lübeck und dem Herzogtum Lauenburg unterbreitet eine dazu gewählte Kommission den Genossen der betreffenden Bezirke zur Diskussion.

Der thüringische Parteitag, der für den 4. und 5. August anberaumt war, wird erst 14 Tage später, am 18. und 19. August, abgehalten werden. Er wird sich besonders mit Organisationsfragen beschäftigen.

Totenliste der Partei. In Leipzig verstarb der Parteigenosse Paul Schiemann im Alter von 33 Jahren. Der Verstorbenen, der von Verus Kormer war, hat in der Arbeiterbewegung Leipzigs eine hervorragende Rolle gespielt und war sowohl gewerkschaftlich als auch politisch außerordentlich tätig. Seine gewerkschaftliche Tätigkeit brachte ihm schließlich die endgültige Aussperrung in seinem ursprünglichen Beruf, er fand eine neue Lebensstellung als Lagerhalter im Konsumverein. Mehrfache Prozesse brachten ihm verschiedene Freiheitsstrafen ein. Die Arbeiter Leipzigs werden sein Andenken in Ehren halten.

In Pforzheim starb der Genosse Theodor Westermann, von Verus Goldarbeiter, an den Folgen einer langwierigen Krankheit. In dem Dahingegangenen verliert die Partei einen tüchtigen, braven Genossen von festem Charakter.

Simon Dereure, dessen Tod wir jüngst meldeten, ist einer der Begründer des internationalen Sozialismus in Frankreich, und sein Leben ist ein Leben des Kampfs, der Arbeit, der Armut, ja des Glubs — ein richtiges Proletariatsleben — gewesen. Am 1. Dezember 1838 im Departement des Alier geboren, erlernte er, in frühesten Jugend schon zur Erwerbsarbeit angehalten, bei seinem Vater das Schuhmacherhandwerk. Er las die sozialistischen Schriften und begriff früh, daß die Arbeiter nur durch Organisation zur Macht und zur politischen-socialen Emanzipation gelangen können. In der Provinz wurde es ihm bald zu enge, und 1863 begab er sich, 25jährig, nach Paris, wo die Bewegung gegen das Kaiserreich,

namentlich auch in der Arbeiterklasse, schon sehr stark geworden war. Trotz der Hindernisse, welche die, ganz in den Händen der Kapitalisten befindliche Regierung den Arbeiterbestrebungen entgegenstellte, gelang es Dureau, Einfluß unter seinen Klassenossen zu gewinnen und die Gründung einer Gewerkschaft zu erwirken — der ersten in Frankreich. Er wurde Leiter dieser Gewerkschaft und trat als solcher in die Internationale Arbeiterassoziation ein, die zwei Jahre später in London gegründet ward. Mit dem später so grausam hingerichteten Baccin eng befreundet, wurde er einer der Hauptführer des französischen Sozialismus, der sich von der Proudhonischen Kleinbürgererei freimachte und sich auf den Boden des von Marx wissenschaftlich begründeten Klassenkampfes stellte. Das Kaiserreich erblickte in der Internationalen Arbeiterassoziation seinen gefährlichsten Feind. Der Beitritt wurde bei harter Strafe verboten, die Mitglieder aufs heftigste verfolgt. Dureau erlitt verschiedene Gefängnisstrafen, die seine Energie nur anfechteten. Im Jahre 1869 war er unter den Delegierten auf dem Pariser Kongress, und dort — mit Darwin — einer der fünf Franzosen, welche gegen die proudhonistische Pantheistik des Kleingrundbesitzes, für die berühmte Resolution zu Gunsten des Kollektivismus in Grund und Boden stimmten. Nach Paris zurückgekehrt, wurde er verantwortlicher Redakteur der „Marxzeitschrift“ und organisierte unermüdet und unerschrocken die Agitation gegen das Kaiserreich. Diese Tätigkeit brachte ihm eine Verurteilung zu 3 Jahren Gefängnis ein. Er brauchte nicht lange zu sitzen. Der Krieg mit Deutschland war inzwischen ausgedrochen, bei Sedan erblühte der Stern Napoleons, am 3. September wurde in Paris die Republik proklamiert, die Dureau und vielen andern die Türen des Gefängnisses öffnete. Es kam die Belagerung — das Proletariat mußte bewaffnet werden und die vaterlandsliebenden Arbeiter verteidigten das Vaterland, das von den bürgerlichen „Patrioten“ schamlos verraten ward. Die Bourgeoisie fürchtete den Volkskrieg, der die Arbeiter in ganz Frankreich bewaffnet hätte. Sie schloß Frieden, in der Hoffnung, die unbeherrschte Republik erdrücken zu können. Allein die Arbeiter von Paris, Dureau mit an ihrer Spitze, verurteilten den heimtückischen Plan des Herrn Thiers — die Truppen, von denen ein Teil zum Volk überging und zwei der blutdürstigsten Generale erschoss, mußte sich aus Paris zurückziehen. Das war der 18. März 1871. Wenige Tage später wurde die Kommune errichtet und Dureau mit 14000 Stimmen zum Mitglied erwählt. In diesem Posten that er seine Schuldigkeit — in der Verwaltung, im Kampf. Gleich in den ersten Tagen hatte er den Schmerz, daß sein Freund Florens von den „Versaillern“ niedergemetzelt ward. In der blutigen Ratwoche war Dureau Adjutant Dombrowskis, und unter den letzten der Kämpfer. Nachdem alles für den Augenblick verloren, versteckte er sich und bewerkstelligte schließlich die Flucht in die Schweiz, von wo er nach Amerika ging. Den Haager Kongress der Internationalen besuchte er 1873 als Delegierter einer amerikanischen Sektion. Kaum war von Gambetta die Amnestie der Kommunisten durchgesetzt, so lehrte auch der zum Tode verurteilte Dureau nach Paris zurück und begann sofort wieder die Arbeit der Organisation. Mit Guessede und Lafargue gründete er den „Parti Ouvrier“, in dessen Generalkrat er bis zu seinem Tode gelesien hat. Selbstlos bis zur Aufopferung, hat er ohne Rast und Ruh im Dienste der Partei gearbeitet, auf allen nationalen Kongressen des „Parti Ouvrier“ seit 1878, und auf allen internationalen Kongressen seit 1889 war dieser wunderbare Mann, belehrend, mahnend, anfeuernd.

Und er ist arm gestorben. Mehr als arm — im Elend. In der Wohnung eines Freundes, der ihn gastlich aufgenommen hatte. Der Schreiber dieses hat ihn seit 1878 gekannt. Einen treueren, einen müthigeren Genossen, einen Genossen, in dem der kämpfende Sozialismus besser verkörpert gewesen war, hat die Partei niemals gehabt und wird sie nicht haben.

Ehre dem Andenken des braven Dureau!

Schwedischer sozialdemokratischer Parteikongress und Fachverbandskongress in Malmö.

Der Parteikongress, der nur 3 Tage dauern sollte, währte 4 Tage, weil auf ihm die wichtige Umbildung der Partei in lokale Centralverbände („Arbeiterkommunen“) erfolgen sollte, die eine sorgfältige Durcharbeitung der verschiedenen Vorschläge und eingehende Diskussion erforderte. Eine lebhafteste Debatte rief wieder die Frage des früher beschlossenen Zwangsauschlusses der Fachvereine hervor, und Venting und Nilson schlugen vor, daß die Beiträge der Fachvereins-Mitglieder, die erklären, nicht Sozialdemokraten zu sein, nicht für Parteizwecke, sondern für humanitäre oder wissenschaftliche Zwecke verwendet werden sollen. Der Kongress lehnte dies aber ab, da die Fachvereine den Ausschluß selbst beschließen hätten und nur von ihnen eine Abänderung ausgehen könne, die Partei im Gegenteil daran festhalten müsse, daß alle Verbände beizutreten haben und die Minorität sich der Majorität fügen müsse. Ferner wurden Resolutionen über die Wahlrechtsfrage und die geplante allgemeine Wehrpflicht gefaßt: in ersterer wird erklärt, daß die Partei ausschließlich das allgemeine Wahlrecht erstrebe, aber auch Vermittlungsvorschläge unterstützen wolle, um zunächst mehr Einfluß zu gewinnen. Die Arbeiter werden aufgefordert, die Minimalsteuer für die Wahlrechte zu zahlen, um so mehr Stimmen zu erlangen. In der Wehrpflichtfrage wird sie für allgemeine Wehrpflicht auf Grund der Volkswehr, also Bruch mit dem militärischen System und unter der Voraussetzung der Bewilligung des allgemeinen Wahlrechts.

Der nächste Parteikongress wird 1905 in Stockholm abgehalten. Auch 1902 ein Kongress der „Arbeiter-Kommunen“.

Der schwedische Fachkongress, der am Freitag eröffnet wurde, dauerte zwei Tage. Anwesend waren die Vertreter der dänischen und norwegischen Fachorganisationen. Ein Antrag auf politische Agitation durch die Fachvereine wurde nach Beratung in einer Kommission angenommen. Ferner sprach sich der Kongress gegen die geplante Einschränkung von Arbeitsbüchern aus. Beschlossen wurde: Fachvereine zu begründen, wo solche noch nicht bestehen, Zusammenfassung der lokalen Fachverbände in einen Gesamtverband und Verbreitung von Verträgen über die Fachvereins-Bewegung im Lande, auch die gegenseitige Unterstützung bei den Konflikten unter den dem Landesverband angehörenden Organisationen. Ueber den auf dem letzten Kongress angenommenen Anschluß an die sozialdemokratische Partei entstand eine ruhige und sachliche Debatte. Es wurde folgender Vorschlag angenommen, der auch dem im Parteikongress gefaßten entspricht: Die Fachvereine schließen sich in der „Landesorganisation“ zur Verfolgung fachgewerblicher Ziele, und die einzelnen lokalen Fachvereine und Parteiverbände zu „Arbeiterkommunen“ zusammen für politische Zwecke. Nächster Kongress 1903.

Die ruthenische sozialdemokratische Partei wird sich durch Auffstellung eines Kandidaten an der demnächst stattfindenden Ergänzungswahl für den galizischen Landtag beteiligen.

Polizeiliches, Gerichtliches u. s. w.

— **Handlungen.** In der Redaktion unseres eilässigen Parteiorgans in Söllingheim bei Strahburg wurde nach dem Mauthaupt eines Artikels gesucht, der sich mit der Beschuldigung eines Amtsrücktritts in Bayern befaßt. Gefunden wurde nichts. Auch in den Mauthaupten des Augsburger Parteiorgans wurde erfolglos gehäusucht. Hier handelte es sich um Artikel über die Freiwildigkeit bayrischer Chomafahrer, durch die das Blatt verleumdungswürdig begangen haben soll.

— **Deutsche Rechtszustände.** Eine Handwerkerversammlung in Reg. wollte sich mit der Aufnahme der Streiklausel in die städtischen Verbindungsverträge beschließen und dagegen Protest erheben. Als Referent war der Genosse Wöhle aufgestellt. Die Versammlung wurde von der Behörde unter der Bedingung genehmigt, daß an stelle Wöhles der Schriftfeger Peiroles referiere. Solche

erstaunliche Einmischung in ihre eigenen Angelegenheiten müssen sich die wiedergewonnenen Brüder im Maß ruhig gefallen lassen. Im vorliegenden Fall hat allerdings die polizeiliche Fürsorge nichts geschadet, da Peiroles gleichfalls Parteigenosse ist.

— **Eingestelltes Verfahren.** Gegen den Verleger der „Chemnitzer Volkstimme“, Genossen Landgraf, war ein Verfahren wegen Vergehens gegen § 184 des Strafgesetzbuchs eingeleitet worden wegen Abdrucks eines Inzerats. Das Verfahren ist jetzt eingestellt worden, weil sich herausgestellt hat, daß Landgraf für den Inhalt der Nummer gar nicht verantwortlich ist.

— **13 Genossen auf der Anklagebank.** Am 1. Mai hatten die Genossen von Randow-Griffenhagen des Morgens einen Spaziergang unternommen. Als sie aus dem Dorfe Wulow heraus waren, hatte der alte Genosse Behne ein rotes Totenkreuz an einen Stock gebunden und voran getragen. Der Gendarm, welcher bis dahin nichts gefaßt hatte, kam nun eiligst herbei und konfiszirte das Totenkreuz. Durch Nachfrage, wer dabei gewesen sei, erfuhr die Polizei die Namen von 13 Genossen. Diese bekamen allesamt ein Strafmandat von je 15 M. wegen Teilnahme an einem nicht genehmigten öffentlichen Aufzuge und Behne erhielt außerdem 14 Tage Haft wegen groben Unfugs. Das angerufene Gericht sprach alle Angeklagten bis auf Behne frei, da es nicht annahm, daß ein öffentlicher Aufzug veranstaltet worden sei. Behne wurde des groben Unfugs für schuldig befunden, doch wurde die Haftstrafe aufgehoben und auf 50 M. Geldstrafe erkannt.

Gewerkschaftliches.

Lohnrückertartell.

In dem Organ des „Vereins deutscher Industrieller“, der in Berlin erscheinenden „Industrie“, wird in einem Artikel der sich immer mehr steigende „Arbeitermangel“ beklagt. Es wird da behauptet, daß die Forderungen des Ruhrgebietes vielfach nicht im Stande gewesen seien, die erforderliche Kohlenmenge zu liefern, da keine Arbeitskräfte vorhanden waren. Der chronische und bisher fortgesetzt wachsende Arbeitermangel habe für die Lohnrückertartell als eine „Schraube ohne Ende“ gewirkt:

„Es drängt sich daher die Frage auf und sie wird in den rheinischen Kreisen allen Ernstes ventilirt, ob es nicht angezeit wäre, die Wirksamkeit des Kohlenhandels, welche sich für Regulierung des Absatzes und der Preise so vorzüglich bewährt hat, in der Richtung zu erweitern, daß eine Schranke gezogen würde, welche wenigstens dem gegenwärtigen Indichohlehandeln der Löhne durch die freie Konkurrenz der Forderungen, um dem einzelnen Arbeiter ein Ziel zu setzen geeignet wäre. Es mag nicht leicht sein, dieses Problem zu lösen. Aber der Organisation der Arbeiter zum Zweck der Lohnrückertartell wird man schließlich unterliegen, wenn man es auf seite der Unternehmer bei der freien Konkurrenz in der Lohnfrage beläßt.“

Die vorzüglichen Dienste, die das Syndikat bei der Preistreibe der Produkte geleistet hat, sollen also nun auch wirksam gemacht werden beim Lohnrückertartell. Fügt das mächtige Kartell seiner unheilvollen Nachstellung auf dem Warenmarkt auch die auf dem Arbeitsmarkt bei, dann dürfte es an der Zeit sein, diesem unheimlichen Wirken des Kapitalisteninges im Interesse der Kultur Grenzen zu ziehen. Die Berg- und Hüttenarbeiter-„Zeitung“ ruft sämtliche bestehenden Berg- und Hüttenarbeiter-Organisationen dazu auf, sich ins Einvernehmen zu setzen, einstimmig Protest zu erheben gegen die gemeingefährlichen Pläne der unersättlichen Kapitalisten.

Es fragt sich freilich, ob die gewerkschaftlichen Kampfmittel in diesem Fall allein genügen werden, die Balance des isolierten Unternehmertums zu brechen.

Berlin und Umgegend.

Die Hiesigen Hilfsarbeiter werden nun ebenfalls in den Streik eintreten. In der gestrigen Versammlung wurde beschlossen, daß von heute ab überall dort die Arbeit eingestellt werden soll, wo die Forderungen nicht bewilligt sind. Bisher haben von den 18 Unternehmern, denen die Forderungen vor einiger Zeit übermittelte wurden, nur zwei erklärt, daß sie den Stundenlohn von 60 Pf. und die übrigen Forderungen anerkennen wollen. Drei Firmen haben das Vorgehen der Arbeiter mit Maßregelungen beantwortet.

Am Freitag wird wieder eine Versammlung stattfinden, in der die weiteren Maßnahmen beschlossen werden sollen. Das Streikbureau befindet sich Klosterstr. 101.

Deutsches Reich.

Der Streik der Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter in Hannover ist beendet und zwar zu Gunsten der Arbeiter. In einer Generalversammlung des Arbeitgeberverbandes hat man die Vorschläge der Lohnkommissionen der Streikenden acceptirt. Demnach erhalten nunmehr die Maurer und Zimmerer sofort einen Minimallohn von 47 Pf. pro Stunde. Vom 1. Oktober an sollen 48 Pf. und vom 1. März 1901 an 50 Pf. pro Stunde bezahlt werden. Für jeden Junggesellen ist ein Mindestlohn von 40 Pf. pro Stunde festgesetzt. Die Bauarbeiter erhalten einen Minimallohn von 32 bis 38 Pf. pro Stunde. Weiter wurde eine Kommission, in welche von beiden Parteien je 7 Personen zu entsenden sind, eingesetzt, die innerhalb der nächsten Woche über die weiteren Bedingungen, als Arbeitszeit, Lohnzahlung, Urlauben etc. zu verhandeln und die Vereinbarungen in Form eines Lohnartikels abzuschließen hat.

Die Düsseldorf-Klempner und Installateure beschloßen in öffentlicher Versammlung, in den Ausnahmefällen zu treten. Mehrere Firmen haben die Forderungen der Arbeiter bereits bewilligt und man hofft, daß der Streik bald zu Gunsten der Arbeiter entschieden sei. Zugzug streng fernhalten.

Der Thürener Textilarbeiterstreik, der von den christlichen Verbänden geleitet wurde und nach sechswöchiger Dauer verloren ging, hat die christlichen Organisationen 15 500 M. an Unterstützung geleistet. Diese Summe wäre als Lehrgeld hoch genug, um die christlichen Arbeiter von der Verleertheit ihrer Sonderbestrebungen zu überzeugen, aber trotz der Schritte, die sie von dem christlichen Unternehmertum empfangen haben und trotz der Reihe verlornener Streiks christlicher Textilarbeiter verhätscheln sie sich der besseren Einsicht immer noch.

Der Zug von Klempnern und Installateuren nach Essen, Ruhr, bei der Firma Merig Kohl (Klosterstr. 37) ist wegen Lohnunterschieden fern zu halten. Die Firma sucht hauptsächlich Gehilfen aus Ost- und Westpreußen und Polen heranzuziehen.

Arbeiter-Ausperrung. Wegen Differenzen, die in der Mäntelherfabrik von J. G. Cappel ausgedrochen sind und die schließlich mit einer Arbeitsniederlegung endigten, haben die vereinigten Kleiderfabrikanten in München, die sich erst in letzter Zeit zu einem Ring zusammengeschlossen haben, mit der Ausperrung sämtlicher Konfektionsfabriken antwortet. Mittels Plakate wurde die Ausperrung heute in den Kleiderfabriken bekannt gegeben. Eine überaus stark besuchte Konfektionsfabrikanten-Versammlung vom Montagabend im Hotel Kreuzbräu verfiel der polizeilichen Auflösung.

In München sind die Schärmmacher des Tischlerergewerbes an der Arbeit, jeden Einigungsversuch mit den streikenden Gesellen zu hintertreiben. Die Meister beschloßen, eine Werkstattordnung aufzuarbeiten und den Gehilfen aufzuzwingen, die unter andern eine Bestimmung enthalten soll, die den Gehilfen die Sammlung von Beiträgen und die Verbreitung von Zeitungen in den Werkstätten verbietet. Die Meister beabsichtigen also einen gewaltthätigen Eingriff in das

Koalitionsrecht der Arbeiter. So leicht dürfte es ihnen aber nicht werden, die Arbeiter derartig zu vergewaltigen.

Ausland.

Aus Charleroi wird gemeldet: In neunzehn im Boden von Charleroi zerstreut liegenden Fabriken legten heute die Glasarbeiter die Arbeit nieder. Es von diesen Fabriken wurden geschlossen. In nächster Zeit werden voraussichtlich noch mehrere Glasfabriken außer Betrieb gesetzt werden. Die Zahl der ausländischen Arbeiter beträgt ungefähr 10 000, sie verlangen die Entlassung der nicht im Syndikat befindlichen Arbeiter.

Der Pferdebahnbeamten-Konflikt in Frederiksberg (Kopenhagen) ist nun völlig beendet. Nach langen Verhandlungen ist eine Uebereinunft zwischen der Pferdebahn-Gesellschaft und der Beamten-Organisation abgeschlossen worden betreffs des neuen Fahrplans. Die Beamten erhalten jeden sechsten Tag frei. Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt 62 Stunden 45 Minuten, die tägliche Fahrzeit abwechselnd von 8 1/2 bis 12 Stunden 20 Minuten. Die Reservisten erhalten die Stellung wie in Kopenhagen. Die Spurenschleifer bekommen auch Uniformen. Es werden jetzt 60 Arbeiter-Schichten, statt 49 bisher, ca. 20 Reservisten rufen in feste Stellen und es werden 15 neue angenommen.

Die Beamten, die in letzter Zeit 11—11 1/2 Arbeitsstunden hatten, haben in einer Nachtversammlung den Vermittlungsvorschlag angenommen.

Der Holzarbeiterstreik in Dänemark ist zum Teil, soweit die Zimmererarbeiten daran beteiligt sind, beendet, indem der Zimmerer-Arbeitgeberverein über die Oberleitung der vereinigten drei Holzverbände: Holzhändler, Maschinenfabriker und Zimmerer — hinweg mit dem Special-Fachverein der Zimmerleute verhandelt und die Lohnforderung von 33 1/2 Oere pro Stunde bewilligt hat. Auch ein neuer Accordtarif soll ausgearbeitet werden. Die Abmachung gilt bis 1902. Ob die beiden andern Arbeitgeberverbände folgen werden, ist fraglich, da der Holzhändler-Verein, der Vorsitzende des Gesamtverbands, einer der Kampfschiffe unter den Arbeitgebern ist.

Der chinesische Krieg.

Bremerhaven, 1. August. (B. L. V.) Nach Befestigung der Schlepplation des „Norddeutschen Lloyd“ nahm der Kaiser den Vortrag des Staatsministers Grafen von Helldorf entgegen.

London, 1. Aug. Das „Reuters Bureau“ meldet aus Peking vom 26. Juli: Gestern Abend ist hier ein Bote mit einer Depesche des japanischen Gesandten in Peking eingetroffen, welche besagt, daß die Gesandtschaften am 22. Juli noch unverfehrt gewesen seien und noch eine Woche ausdauern könnten. — Der Kommandeur der amerikanischen Truppen erhielt heute den Befehl von Washington, den Vormarsch auf Peking nicht zu verzögern. Die Depesche teilte ihm ferner mit, daß bedeutende Verstärkungen unterwegs seien.

Rom, 1. August. (B. L. V.) Die „Agenzia Stefani“ meldet aus Taku (Tschifu) vom 30. Juli: Der Kommandant der „Eda“ teilt mit, ein Brief des englischen Gesandten in Peking vom 25. Juli bestätige die von dem japanischen Militär-Attache gemachten Mitteilungen und fügt hinzu, daß die chinesische Regierung am 20. Juli die erneute Forderung an die fremden Gesandten gestellt habe, Peking zu verlassen. Die fremden Gesandten hätten diese Forderung abgelehnt. (Das bedeutet die formelle Kriegserklärung Chinas.)

Totio, 31. Juli. (B. L. V.) Eine Depesche aus Nutschwang bestätigt die Meldung, daß am 26. d. die Russen das chinesische Lager angriffen und ein etwa zweistündiger Kampf folgte und fügt hinzu, daß die Lage in Nutschwang gefährlich sei. Diefelbe meldet ferner, daß ebenfalls am 26. Juli 4000 Russen von 7000 Chinesen bei Ta-tsch-Kiang angegriffen wurden, worauf den ganzen Tag über gekämpft wurde.

Petersburg, 1. August. (B. L. V.) Der Hauptingenieur Sugowitsch benachrichtigte am 29. Juli die russische Bevölkerung Charbin, da die Chinesen baldige kriegerische Operationen von Zigitar aus in Aussicht stellen, sollten sich Weiber, Kinder und waffenlose Männer auf Dampfern fluchtartig zur Grenze begeben. Dagegen bittet Sugowitsch, der am Platz bleibt, alle Beamten, Maschinenisten, Telegraphisten und Aerzte, ebenfalls zu bleiben, um den Eisenbahn- und Dampferverkehr aufrecht zu erhalten.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Der Boerenkrieg.

London, 1. August. (Meldung des Reuterschen Bureau.) Feldmarschall Roberts meldet aus Pretoria von heute: Noch zweihundert Boeren haben sich dem General Hunter gesellen mit dem Kommandanten Rouse Fontenel ergeben. Die Kommandanten Potgieter und Joubert ergaben sich an Bruce und Hamilton. Lieutenant Andelen und dänische Offiziere der Staatsartillerie ergaben sich gleichfalls. Dem Kommandanten Olivier gelang es mit 5 Geschützen und einer Schor Burghers nach dem Distrikt Hartswijk durchzubrechen. — Auf der Bahnlinie zwischen Krugersdorp und Potchefstroom entgleiste in der Nähe von Frederiksstad ein Zug mit Vorräten, der von einer Abteilung Infanterie begleitet war, da der Feind einige Schienen entfernt hatte. 13 Mann sind tot und 39 verletzt. Untersuchung ist eingeleitet.

Laurens Marquet, 1. August. (Meldung des Reuterschen Bureau.) Die Boeren haben Wachposten geräumt. Die telegraphische Verbindung zwischen Lydenburg und Reispuit ist von den Boeren fertiggestellt worden.

Stockholm, 1. August. (B. L. V.) Im Sitzungssaal der Akademie der Wissenschaften wurde heute in Gegenwart der Polarforscher Nordenskjöld, Nathorst und anderer Gelehrter und Fachmänner die Sitzung der Polar-Expedition, Nr. 3, 1896; sie war von der verewandten Führung abgesehen, ganz unbeschädigt. Bemerkenswert wurde, daß infolge der schlechten Anordnung des Schraubengewindes der Oberteil der Boje sehr leicht durch Wellenschlag oder Einbruch abgegraben worden sein konnte und daß die Boje, da die untere kupferne Spitze unversehrt ist, nicht auf Land oder Eis gefallen sein kann. Ein Vergleich ergab, daß der früher ausgefundenen Andree-Boje Vergleich und Kupferhülle fehlten.

Rom, 1. August. (B. L. V.) Der König Victor Emanuel hat bei seiner Landung in Reggio-Calabria folgende Depesche an den Ministerpräsidenten Saracco geschickt:

„Indem ich die von Ihnen ergriffenen Maßnahmen gut heiße, befestige ich dem Kabinett daselbe Vertrauen, das ihm mein hochgehrter Vater entgegengebracht hat.“

Ministerpräsident Saracco ist heute früh hier eingetroffen, führte den Vorsitz in einem Ministerrat und reist heute abend nach Monza zurück.

Rom, 1. August. (B. L. V.) Die Verhaftungen von Sozialisten (1) und Anarchisten dauern fort. In Mailand sind über 50 Personen verhaftet worden, die meisten davon sind Anarchisten. In Porto wurden ebenfalls viele Verhaftungen vorgenommen. In Montariva wurde ein gewisser Quintavalle verhaftet; er trug die Photographien von fünf bekannten Anarchisten bei sich. Das Vorhandensein eines Komplotts soll durch weitere Untersuchungen bestätigt werden sein. (??)

Monza, 1. August. (B. L. V.) Der König und die Königin sind gegen 7 Uhr abends hier eingetroffen. In Mailand, wo der Zug kurze Zeit hielt, hatten sich die Behörden auf dem Bahnhofe eingefunden.

Monza, 1. August. (B. L. V.) Morgen früh werden sämmtliche Minister hier versammelt sein; auch Visconti-Venosta, welcher in Mailand weilte, begibt sich hierher.

Internationaler Arbeiterschutzbund-Kongress.

Paris, 28. Juli.

Zweiter Verhandlungstag. Vormittag.

Vorsitzender Scherrer. St. Gallen. II. Verbot der Nachtarbeit.

Prof. Pic-Lyon berichtet über den Stand der bezüglichen Gesetzgebung in Frankreich. Die Nachtarbeit von 9 Uhr abends bis 5 Uhr morgens ist nur für Kinder bis 18 Jahren und Frauen verboten. Für Männer kann das Verbot nur indirekt abgeleitet werden aus dem 12-Stundengesetz von 1848. In Wirklichkeit machten die zahlreichen Ausnahmen das Verbot auch für die erste Kategorie illusorisch. Das Gesetz von 1900 ändere in Bezug auf die Männer nichts, da es, wie dasjenige von 1848, über die Nachtarbeit der Männer schweigt. Zahlreiche Fabrikinspektoren und selbst einige Unternehmer verlangten ein generelles Verbot der Nachtarbeit für alle Kategorien. Wäre das aber ohne ein internationales Einverständnis möglich? Der Handelsminister Millerand glaube das nicht. Der vollständige Mißerfolg der Berliner Konferenz 1890 in dieser Beziehung ermuntere aber nicht zu neuen internationalen Unterabhandlungen. Redner glaubt jedoch, daß man auf internationalem Wege von neuem etwas versuchen sollte. Seit 1890 hätten die internationalen Kongresse den Boden vorbereitet. Insbesondere werde das zu schaffende internationale Bureau vieles leisten können.

Dr. Max Hirsch, der einen gedruckten Bericht über die Nachtarbeit verteilt hat, behandelt die Frage vom Standpunkt Deutschlands. Die Folgen der Nachtarbeit seien in jeder Hinsicht schädlich — auch für die Produktion. Aus Anfragen bei Industriellen nun wisse er, daß die Nachtarbeit nur 75 und sogar 60 Proz. des Tagesarbeits-Ertrages in der gleichen Zeit liefere. Deutschland gehöre, wie die meisten Industrieländer, zur Ländergruppe, in der die Nachtarbeit für Frauen und Kinder verboten ist, für Männer hingegen nur in einzelnen Fällen. Für erwachsene Männer befürwortet er die gesetzliche Beschränkung der Nachtarbeit auf 8 Stunden mit einem wöchentlichen oder zweiwöchentlichen Wechsel der Tages- und Nachtschichten. Am besten aber wäre die Frage auf privatem Wege zu regeln, durch das Koalitionsrecht und Einigungsämter, sei es mit den Prinzipalen oder gegen sie. Da Nachtarbeit unentbehrlich, so könne man nichts dagegen sagen, wenn die Männer freiwillig sich dazu verstanden. Redner lobt den Buchdrucker-Tarif von 1891 als ein musterhaftes „deutsches Privatgesetz“, wodurch auch die Nachtarbeit geregelt ist. Die Buchdrucker, die meist zu den „radikalsten“ Arbeitern gehörten, seien doch nicht Gegner der Nachtarbeit. Vor einigen Wochen habe ihm der Vorsitzende des Buchdrucker-Verbands geschrieben, er wäre nicht für ein generelles Verbot der Nachtarbeit, sondern für eine private Vereinbarung. Weiter lobt Hirsch die im Buchdrucker-Tarif vorgegebene höhere Bezahlung der Nachtarbeit. Wo seien gute Resultate auch ohne den Staat zu erzielen. Doch solle nicht alles der privaten Vereinbarung überlassen werden, auch in Bezug auf die Nachtarbeit der Männer, wie schon früher ausgeführt. Bei ungesunden Gewerben hätte das Gesetz die Nachtarbeit der Männer noch auf weniger als 8 Stunden festzusetzen.

Laporte, Fabrikinspektor in Paris, kritisiert in scharfer Weise die mißbräuchliche Nachtarbeit, die besonders in den Pariser Modegeschäften, bei den Zeitungsalzgerinnern und in den Brodierwerkstätten praktiziert wird. Er führt u. a. einen Fall an, wo ein Modegeschäft am Vorabend des Grand Prix-Wettrennens auf Grund der Erlaubnis, bis 11 Uhr abends zu arbeiten, die Arbeiterinnen bis 2 Uhr nachmittags des folgenden Tages an der Arbeit festhielt. Er verlangt auf Grund seiner amtlichen Erfahrung die unbedingte Beseitigung aller Ausnahmen in Bezug auf die Nachtarbeit.

Hilf. Dr. Käthe Schirmacher bedauert, daß auf dem Kongress nicht mehr Frauen und insbesondere Arbeiterinnen zugegen seien. Der neuzeitliche internationale Frauenrechtler-Kongress, wo allerdings die Französinen in der Mehrheit waren, habe sich für Schutzgesetze zu Gunsten der Männer ausgesprochen, aber gegen jedes Schutzgesetz für Frauen. Das erkläre sich daraus, daß die Frauen in den Schutzgesetzen eine Beseitigung der Frauenkonkurrenz erblickten. Die Buchdrucker seien besonders „grausam“ gegen die Frauen.

Ein französischer Redner spricht für die 8stündige Nachtarbeit und gegen jede Ausnahmen.

Bourcines, Fabrikinspektor in Nancy, begründet im Einverständnis mit Baumé und Thierart eine Resolution, betreffend das Verbot der Nachtarbeit auch in der Wohnung des Arbeiters, wenn dieser für den Unternehmer arbeite.

Leblanc, Vorsitzender des Unternehmerverbands der Feinindustrie des Nord-Departements, verlangt die vollständige Abschaffung der Nachtarbeit in der gesamten Textilindustrie, mit einigen Aus-

nahmen, und die Ausdehnung des französischen Gesetzes von 1900 auch auf die Männer, die in nicht gemischten Betrieben arbeiten.

Prof. Jay erklärt namens der großen Mehrheit der Organisationskomitees des Kongresses, daß in ihrem Geiste die vorgeschlagenen Schutzmaßnahmen unabhängig von jeder internationalen Regelung seien. Jedes Land könne für sich vorgeben, da der Arbeiterschutzbund auch im Interesse der Industrie, ihrer Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt, liege.

Reüffer, Sekretär der Buchdrucker-Gewerkschafts-Föderation, konstatiert die Widerständigkeit der Nachtarbeit auch für sein Gewerbe. Aber ein Verbot von heute auf morgen sei unmöglich. Man müsse mit der öffentlichen Meinung, dem Widerstand der Unternehmer und selbst der Arbeiter rechnen. Die Ansprüche der Kaufleute seien das schwierigste Hindernis. Redner lobt die Erregungskräfte des Deutschen Buchdrucker-Verbands. Ferner verlangt er höhere Strafen für Uebertretungen des Nachtarbeitsverbots.

Abg. Roite, Textilfabrikant in Roubaix, befragt die Beschlüsse des Kongresses auf nationalem Wege für die einen, auf internationalem für die anderen Industrien. Kein Sentimentalismus (Gefühlsweilich), man müsse positiv sein und die Anstrengungen begrenzen. Zunächst solle die Nachtarbeit in der Textilindustrie beseitigt werden.

Damit schließt die Diskussion. Ein Votum findet wiederum nicht statt. Der Vorsitzende konstatiert nur, daß der Kongress für ein Verbot der Nachtarbeit „nach der Möglichkeit“ sei. Einige Abänderungsanträge, die sich gegen letzteren Ausdruck richteten, gelangen nicht zur Abstimmung. Prof. Jay versichert aber, jener Ausdruck wäre nicht leibetretterisch gemeint.

Zweiter Verhandlungstag. Nachmittag.

Vorsitzender Prof. v. Philippovitch-Wien. III. Die Gewerbeinspektion.

Druck, Vertreter des Deutschen Anapfchaftsverbandes, befragt, daß Deutschland, im Gegensatz zu Frankreich, England und Belgien, noch keine Grubeninspektions-Delegierten aus der Arbeiterschaft bestimme. Die Mitwirkung der Arbeiter bei der Inspektion sei unentbehrlich.

Girsberger, Vertreter der deutschen katholischen Arbeitervereine: Die Gewerbe-Inspektion sei ohne das Vertrauen der Arbeiter zu derselben unmöglich. Praktisch erfahrene Arbeiter müßten zur Inspektion herangezogen werden, nicht nur in den Bergwerken, sondern auch im Baugewerbe. Ferner seien Inspektorinnen notwendig, die mehr als Männer das Vertrauen der Arbeiterinnen erwerben könnten. Preußen habe endlich das eingesehen, aber nur zwei Inspektorinnen ernannt.

Privatdozent Goldstein-Jülich wendet sich gegen die am Vormittag gefassten Anmerkungen, die moralische Erziehung der Kaufleute wäre zur Durchführung der Schutzgesetze unentbehrlich. Das komme auf eine Entschuldigung der Unternehmer hinaus. Wären im Gesetz keine Ausnahmen vorgesehen, dann würde die Kaufleute keinen Unternehmer bevorzugen können und so sich an gesetzliche Bedingungen gewöhnen.

Guyon, Fabrikinspektor in Montréal (Kanada), dankt dem „ehemaligen Mutterland“ für den wohlthätigen Einfluß der französischen Gewerbe-Inspektion auf die kanadische.

Laporte, Fabrikinspektor in Paris, schließt sich den Ausführungen Girsbergers an. Millerand hätte ihn über die Heranziehung der Arbeiter zur Inspektion befragt. In seinem dem Minister unterbreiteten Entwurf spreche er sich gegen Arbeiterdelegierte nach dem Muster der Bergwerksdelegierten (délégués-mineurs) aus, weil für jede Industrie besondere Sachleute nötig wären, die in so großer Zahl nicht zu beschaffen seien.

Quillant, Paris, Arbeiterbeisitzer im Gewerbegericht, verlangt insbesondere wirksamen Schutz der Jugendlichen Arbeiter und macht auf den Verein zum Schutz der jugendlichen Arbeiter aufmerksam, der der Gewerbe-Inspektion nützliche Dienste leisten könne.

Fräulein Bonnard, Paris, spricht über die kraftlose Uebertretung der Schutzgesetze in den Klosterwerkstätten und Wasserbauern und beantragt eine Resolution auf Beseitigung jeder industriellen Lohnarbeit in den genannten Anstalten.

Dubois, Direktor des belgischen Arbeitsamts, bringt eingehende Angaben über die Organisation der belgischen Gewerbeinspektion. Laporte habe bereits von den Schwierigkeiten der Arbeiterinspektion gesprochen. In Belgien wäre sie unüberwindlich. Dort gebe es jetzt bloß 11 Inspektoren, es wären aber 20 bis 25 Arbeiterinspektoren erforderlich. Die 11 Inspektoren seien Ingenieure verschiedener Spezialitäten, außerdem gebe es 4 Arbeiterinspektoren, die ebenfalls von der Regierung ernannt würden und dieselben Rechte hätten wie die ersteren, sowie die gleiche Achtung bei den Unternehmern genössen. Allerdings sei ihr Gehalt niedriger.

Fontaine, Direktor des französischen Arbeitsamts, kommentiert seinen im Kongress verteilten gedruckten Bericht über die Frage der

Arbeiterinspektoren. Im Gegensatz zu Laporte zieht er gewählte Arbeiterdelegierte als Hilfsinspektoren vor, denen das Vertrauen der Arbeiter gesichert sei und durch deren Vermittlung die Arbeiter selbst eine Kontrolle ausübten. Die Arbeiter hätten das Recht, sich über die Sicherheitsbedingungen durch eigene Vertreter zu vergewissern, sobald der Betrieb einen gewissen Umfang habe. Die mit den französischen Arbeiterdelegierten in den Bergwerken gemachten Erfahrungen seien nicht zu verachten, obwohl bei einer Erweiterung dieser Institution bessere Resultate zu erzielen wären. Der Bergwerksdelegierte sei nur Besucher und Berichterstatter, das Auge der Arbeiterschaft. Er dürfe von sich aus nicht einmal gefährliche Arbeiten unterbrechen lassen. Die Delegierten beschwerten sich, in der Erfüllung ihres Amtes gehindert zu sein. Immerhin sei ihre Wirksamkeit gewachsen. Insgesamt hätten sie 1898 20 199 Verichte erstattet gegen 17 523 im Jahre 1891. Unzweifelhaft hätten sie die hygienischen Bedingungen günstig beeinflusst, die Zahl der leichteren Unfälle verringert, dagegen keinen nachweisbaren Einfluß auf die Verminderung der schweren Unfälle gehabt, vielleicht deshalb nicht, weil diese ohnehin wegen anderer Ursachen rasch abnahmen. Das zeigte folgende Tabelle:

Table with 2 columns: Year range and number of accidents. 1893-1892: 41; 1863-1862: 34; 1868-1872: 29; 1873-1882: 20; 1883-1892: 18; 1893-1898 ca. 11.

Die Abnahme der tödlichen Unfälle vor und nach der Einführung der Arbeiterdelegierten (1891) komme also sehr nahe der regelmäßigen arithmetischen Progression: 41, 35, 29, 23, 17, 11.

Für die anderen Industriezweige empfiehlt Redner gewählte Arbeiterdelegierte, die nicht nur, wie in den Bergwerken, über die Sicherheitsbedingungen, sondern über die Durchführung der ganzen Gesetzgebung zu wachen hätten. Die Delegierten müßten ein Gehalt bekommen, um von den Unternehmern unabhängig zu sein. Eine Reihe ähnlicher Gewerbe könnten einem Delegierten anvertraut werden. Vielleicht könnte man auch nach englischem Beispiel die Arbeiterinspektoren fakultativ machen für diejenigen Gewerbe, in denen die Arbeiter einen Delegierten wählen wollten.

Baumé, Sekretär des Pariser Gewerkschaftsverbandes, beantragt eine Resolution betr. Wahl der Arbeiterdelegierten durch die Gewerkschaften. Die Arbeiter selbst müßten über die Schutzgesetze wachen. Es gebe zahlreiche Inspektoren, die nur den Speiselaß der Unternehmer kounten. (Rufe: Namen nennen! Verleumdung!) Redner hält seinen Ausdruck aufrecht.

Der Vorsitzende erklärt, Baumés Resolution werde dem Protokoll beigefügt werden, aber, wie alle andern Resolutionen, zur Abstimmung nicht vorgelegt werden.

Darauf reumittet der Vorsitzende die Ergebnisse der Debatte: Einstimmig sei die Unentbehrlichkeit des Vertrauens der Arbeiter zur Gewerbe-Inspektion betont worden. An Fortschritten auf dem Gebiet der Inspektionen habe man verlangt: Ernennung von Inspektorinnen, Einführung von Arbeiterinspektoren, Schaffung einer ärztlichen Inspektion, Erhöhung der Strafen für die Uebertretung der Schutzgesetze. Außerdem sei noch die private Mithilfe bei der Ueberwachung der Schutzgesetze betont worden.

Dritter Verhandlungstag. Vormittag.

Vorsitzender Rhyens, ehemaliger Arbeitsminister in Belgien. — In der fünften und letzten Sitzung wurde behandelt der 4. Punkt der Tagesordnung: Internationale Vereinigung für den gesetzlichen Arbeiterschutz.

Prof. Rahaim-Lüttich, Berichterstatter der Kommission, die den Organisations-Entwurf der internationalen Vereinigung ausgearbeitet hatte: Die Kommission habe auf Grund gegenseitiger Zugeständnisse den Entwurf einstimmig votiert. Sie bitte daher, von jeder Aenderung abzuhehen. Zwei Hauptpunkte kennzeichneten den Entwurf. Erstens die Schaffung eines engen Bandes zwischen den Arbeiterschützern aller Länder. Welch großartige Thatfache sei diese Einigung von Menschen aller Klassen, Parteien und Völkern, von Priestern und Kollektivist, von Bourgeois und Arbeitern! Eine neue Internationale sei entstanden, eine Internationale des Friedens, während die alte dem Kampf gegolten habe. . . Zweitens sei der Entwurf ein private's, internationales Arbeitsamt vor, da die Erfahrung gezeigt habe, daß auf ein offizielles Arbeitsamt nicht zu hoffen sei. Redner erinnert an die bezüglichen Aeußerungen Millerands in der Deputiertenkammer und in der Eröffnungsrede des Kongresses.

Am folgenden die Hauptbestimmungen des Entwurfs: Es wird eine Internationale Association für den gesetzlichen Arbeiterschutz gebildet, deren Sitz in der Schweiz ist. Der internationale Arbeiter-

Es ist unbestreitbar, daß die deutsche Rationalliteratur sich in einer überaus traurigen Lage befindet. Die Unterhaltungsliteratur flüchtete und leichtesten Genres überwandert auf der Bühne wie auf dem Wüchermarkt und in den Journalen alles und herab die gehaltvolle Literatur fast jeder Ueberschuldungsmöglichkeit. Die Bibliothekstheken thun dann noch das Ihrige zum Ruin des Geschmacks und der Poesie.

Nur einzelnen echten Talenten gelingt es, sich aus den Niederungen des Unachtsams und der materiellen Not zu den Höhen der Berühmtheit und der glänzenden Tantiemen und Honorare emporzuarbeiten. Aber selbst sie verbannt es oft nicht der alle Widerstände niederwerfenden Kraft ihres Genies, sondern äußeren Umständen oder einer gewissen Anpassungsfähigkeit, die gerade die härtesten und ehrlichsten Talente nicht besitzen. Hauptmann wäre vielleicht nicht geworden, als was er heute überall bekannt ist, wenn ihm seine Vermögensverhältnisse nicht Unabhängigkeit und Siegesgewissheit verliehen hätten. Subermant besaß einen glücklichen Instinkt für aktuelle Stoffe und für die Grenze, bis zu der er sich die moderne Technik zu eigen machen durfte, ohne selbst für Theaterbesucher gewöhnlichen Schlags ermunnt zu werden. Mindestens ebenso begabten war ein minder glückliches Los beschieden. Villenrot, dem bedeutendsten Lyriker der letzten Jahrzehnte, brachte der reiche Ertrag eines sechzehn-jährigen Schaffens nicht so viel ein, daß er auch nur die nothwendige Existenz von seinem Schriftstellerhonorar hätte fristen können, so daß schließlich eine Sammlung für ihn veranstaltet werden mußte, deren Ertrag freilich ebenso deutlich die literarische Ineffektivität des zahlungsunfähigen Publikums bewies, wie der mehr als mangelhafte Abzug seiner Werke. Auch für Reno Holz mußte gesammelt werden, einen Lyriker, aus dessen feuriger Jugendkraft dem Leser Geniesflammen entgegenzügelten. In diesem letzten Dichter läßt sich auch der melancholische Nachweis führen, daß die materielle Misere dem Dichter nicht nur das Leben zu verbittern, sondern ihm auch die Schaffenskraft zu rauben vermag. Holz hätte nur ein wenig mehr Verfall und ein wenig längeren Lohn für sein Jugendwerk zu finden brauchen und er wäre nicht unter die verkannten Erfinder gegangen.

Das Elend der Literatur ist nun nicht etwa einer in der menschlichen Natur liegenden Stumpfheit des Durchschnittsmenschen gegenüber den Offenbarungen der dichterischen Jugenden geschildert, sondern ganz wesentlich den kapitalistischen Zuständen. Es wird vermutlich zu allen Zeiten und in jeder Gesellschaftsordnung erlebte Geister geben, zu deren einsamer Höhe nur wenige verwandte Geister mit bewunderndem Verständnis emporzuklimmen vermögen, allein das heutige literarische Vanamentum, die gegenwärtige geistige Indolenz ist unzweifelhaft in den gesellschaftlichen Zuständen begründet. Aus welchen Kreisen soll sich denn die literarische Gemeinde der zeitgenössischen Dichter rekrutieren? Da das akademische Studium im weitestlichen ein

Eine Goethe-Stiftung.

Auf eine Anregung hin, die der verdiente Ferdinand Adenarius im „Kunstwart“ gegeben, haben etwa hundert Schriftsteller und Künstler eine Petition an den Reichstag unterzeichnet, in der die Schaffung einer Goethe-Stiftung zu Gunsten der deutschen Dichtung, einer Goethe-Stiftung, gefordert wird.

Die Petition geht von dem Grundgedanken aus, daß das Deutsche Reich nicht nur die ideale Verpflichtung, sondern auch das höchste kulturelle Interesse daran habe, durch eine direkte Unterstützung sowohl wie durch gesetzgeberisches Eingreifen dem wertvollen dichterischen Schaffen der gegenwärtig so ungemein schwierigen Existenzkampf gegenüber der alles überdeckenden und den literarischen Geschmacks versuchenden wertlosen Unterhaltungsliteratur zu erleichtern.

Die Petition hat folgenden Wortlaut: Der Reichstag wolle die verbündeten Regierungen ersuchen, einen Gesetzentwurf betr. Errichtung einer Goethe-Stiftung auf folgender Grundlage dem Reichstage zur verfassungsmäßigen Beschlußfassung vorzulegen:

I. Unter dem Namen „Goethe-Stiftung“ wird eine nationale Stiftung errichtet zur Unterstützung des wertvollen dichterischen Schaffens im Wettbewerb mit der bloßen Unterhaltungsliteratur. Zudem die Goethe-Stiftung einerseits das dichterische Schaffen vom Tages-Marktwert unabhängig macht, soll sie andererseits begünstigte dichterische Schöpfungen auch der Gegenwart für die Allgemeinheit leichter zugänglich und somit schneller nutz- und fruchtbar machen.

II. Der Goethe-Stiftung wird aus Reichsmitteln eine jährliche Beihilfe von 250 000 M. gewährt. Das Urheberrecht an Dichtungen ferner erlischt fortan nicht mehr zu einem bestimmten Zeitpunkt, sondern drei Jahre nach dem Tode des Urhebers in das Eigentum der Goethe-Stiftung über. Dieses jedoch mit der Beschränkung, daß die Goethe-Stiftung nicht das Recht zur Genehmigung oder Verweigerung irgendwelcher Uebersetzungen oder Aufführungen, sondern nur das Recht zu einer mäßigen Gewinnbeteiligung daran haben soll.

III. Ueber die Einrichtung und Verwaltung der Goethe-Stiftung werden die Einzelheiten beschlossen, nachdem hierüber Gutachten eingeholt sein werden von einem Ausschuss, dessen 30 Sachverständige zur Hälfte vom Vorstande der „Deutschen Schriftsteller-Verbandes“ ernannt werden.

Der Petition ist eine eingehende Begründung beigegeben, deren wichtigste Punkte kurz wiedergegeben werden mögen. Die Begründung zu I. erläutert zunächst den Gegensatz zwischen dem Tages-Marktwerte einer poetischen Produktion und ihrem idealen Werte für die Nation. Beide Werte seien meist grundverschieden. Eine leichte Produktion, die dem ungeläuterten Geschmack der Masse entspreche und deren schlechtester Instinkt schwächle, bestimme einen mündlich viel höheren Marktwert, als das ernste, alle Konzeptionen verdrängende Werk eines echten Dichters. Oft erhalte auch ein derartiges Werk erst nach dem Tode des Autors einen erheblichen Marktwert, gerade erst dann, wenn das Urheberrecht der Hinterbliebenen des Verfassers bereits erloschen sei. Die Goethe-Stiftung solle diese Mißstände nach Möglichkeit beseitigen, und zwar dadurch, daß sie durch Erwerbung des Urheberrechts an wertvollen Dichtungen, deren Marktwert ein geringer sei, dem Dichter einen Kaufpreis oder eine Rente gewähre, die ihn der materiellen Not erhebe und seinem ferneren Schaffen die Wege ebne; eine Art der Unterstützung, die auch den Hinterbliebenen noch über das 30. Jahr nach dem Tode des Autors hinaus zu gute komme. Die Goethe-Stiftung als Verleger habe aber nicht nur die Interessen des Autors wahrzunehmen, sondern auch durch Vertretung wohlfeilerer Ausgaben den literarischen Konsumenten entgegenzukommen und für Läuterung des Geschmacks derselben Sorge zu tragen.

Zu II wird darauf hingewiesen, daß das Reich sich den Verpflichtungen um so weniger entziehen könne, als z. B. im preussischen Etat ungleich beträchtlichere Summen für Zwecke der bildenden Kunst bereit gestellt seien. Allein der Etat der Kunstmuseen zu Berlin betrage 1 003 779 M., der des dortigen Kunstgewerbemuseums 506 862 M. Wenn man ferner die im Etat vorgezeichneten Summen für Ausgrabungen, die der Wissenschaft über eine fremde Kunst dienen, zum Vergleich heranziehe, werde man die Forderungen als äußerst bescheidene bezeichnen müssen.

Da der Reichshaushalt von 250 000 M. zur Verwirklichung der Aufgaben der Goethe-Stiftung nicht ausreichte, empfehle es sich, die Verleger durch eine Aenderung des Urheberrechts insofern zu einer Steuer heranzuziehen, daß sie auch nach dem Erlöschen des gegenwärtig geltenden Urheberrechts, also nach dem verflohenen 30. Jahr nach dem Tode des Autors, etwa 1 Proz. des Nettoertrags oder 2 Proz. des Reingewinns an die Goethe-Stiftung abzuführen verpflichtet seien. Eine Versteuerung der Schriften durch eine so geringfügige Steuer sei nicht zu befürchten, dagegen erscheine es als ein ermutigender und belohnender Gedanke für noch einsame Geisteslampen, daß ihre Werke bereits nach dem Dichtern kommender Jahrzehnte auch zur sekundären Befruchtung dienen könnten.

Selbstverständlich sei, daß die Goethe-Stiftung sich nicht in den Dienst einer bestimmten Geistesrichtung zu stellen, sondern starke Talente aller Richtungen zu fördern habe.

schon hat zur Aufgabe: 1. ein periodisches Sammelwerk über die Arbeiterbewegung aller Länder in drei Sprachen (deutsch, französisch und englisch) herauszugeben oder an einer ähnlichen Publikation mitzuwirken (letzteres im Hinblick auf das vom belgischen Arbeitsministerium bereits veröffentlichte Jahrbuch; 2. den Mitgliedern der Association unentgeltlich Auskunft über die Schuggesetzgebung aller Länder und deren Anwendung zu erteilen; 3. Enquêtes zu veranstalten; 4. die alle zwei Jahre einzuberufenden internationalen Kongresse vorzubereiten. Die Association setzt sich zusammen aus einzelnen Mitgliedern und Vereinen, die einen Jahresbeitrag von 10 Franken entrichten, sowie aus nationalen Sektionen, die mindestens 50 Mitglieder zählen, und einen Jahresbeitrag von 1000 Franken entrichten. Das leitende Komitee besteht aus 6 Vertretern jedes Landes, in welchem die Association 50 Mitglieder zählt. Jede weitere 50 Mitglieder geben dem betreffenden Lande das Recht zu einem weiteren Vertreter im Komitee bis zur Maximalzahl von 10 Vertretern. Die Regierungen sollen eingeladen werden, einen Delegierten zum Komitee zu entsenden, der mit den anderen Komiteemitgliedern gleichberechtigt wäre. Das bezieht sich auf die römische Kurie. Das Komitee erwählt aus seiner Mitte ein vollziehendes Bureau: den Vorsitzenden, einen Vizepräsidenten und einen Generalsekretär.

Die Bestimmung über die Regierungsvertreter im Komitee motiviert der Berichterstatter mit der Aussicht auf staatliche Subventionen und die Zuziehung eines päpstlichen Vertreters mit der Rücksicht auf die katholischen Elemente, die durch die päpstliche Encyclica Rerum novarum zu Gunsten des Arbeiterkampfes beeinflusst worden wären. v. Berlepsch erklärt namens des provisorischen deutschen Komitees die Zustimmung zu den als provisorisch betrachteten Statuten und verpricht die definitive Zustimmung, sobald sie definitiv geworden seien.

Hierauf wird eine provisorische Kommission gewählt mit Scherer-St. Gallen als Präsidenten, Prof. Mahaim als Generalsekretär, und den Mitgliedern: Prof. Cauwès für Frankreich, Prof. Tonolo-Mia für Italien, Prof. v. Philippowitsch für Preußen und v. Berlepsch für Deutschland.

Nacheinander erklären die Zustimmung ihrer Nationen zu den Statuten: v. Philippowitsch, der das Zustandekommen einer österrösischen Sektion in einigen Monaten verspricht, Mahaim, der dasselbe für Belgien verspricht, Tonolo und Cauwès, welche letzterer die Zustimmung des in der Bildung begriffenen französischen Komitees in Aussicht stellt, Curri für die Schweiz unter Betonung des provisorischen Charakters der Statuten.

Dr. Marx spricht im Namen eines Teils derjenigen, für welche die Association doch geschaffen sei, seinen Dank für das große „Werk der Vereinigung“ aus, trotz einiger Details, die er an den Statuten auszuheben habe. Die Arbeiter würden nun, soweit sie offene Augen hätten, erkennen, daß es auch unter andern Klassen Freunde der Arbeiter gebe, Freunde des öffentlichen Wohls. Das Gefühl der Isolierung werde nun bei den Arbeitern wesentlich beseitigt werden, was er sein ganzes Leben angestrebt hätte. Er vermisse aber in den Statuten einen Hinweis, daß auch Arbeiter im Komitee sitzen sollten.

Guyon stimmt den Statuten zu für Kanada.

Prof. Reichsberg-Wern: Die Bildung einer internationalen Association sei in der Schweiz von vornherein begründet worden. Im Hinblick auf den Pariser Kongreß sei dort die „Vereinigung zur Förderung des Arbeiterkampfes“ entstanden. Aber bezüglich der Statuten deute man in der Schweiz, wie schon Rationalist Curti angedeutet, in manchen Punkten anders: 1. Die Kompetenz des Arbeitsamts müßte namentlich auch auf die Lohnfrage ausgedehnt werden. 2. Regierungsvertreter im Komitee wären unnötig, da nun einmal die Regierungen kein offizielles internationales Arbeitsamt schaffen wollten. Von den Regierungsvertretern sei eine Hemmung der Arbeiten zu befürchten. Bewilligen die Regierungen Subventionen, so würde man ihnen dafür Aushunft erteilen, nicht aber sollte man ihnen einen Einfluß auf die Beschlüsse gewähren. 3. Die Organisation müßte mehr föderalistisch, die nationalen Sektionen selbständiger sein. 4. Die Beitragsgelder wären anders zu regeln, um die Beteiligung der Arbeiter zu ermöglichen.

Say-Paris, der erste und einzige englische Redner (die Engländer sind auf dem Kongreß nicht vertreten), meint, England dürfe auf einem Arbeiterkongreß nicht vergessen werden. Namens des Cobden-Klubs glaube er sagen zu dürfen, daß der Klub die Beitrittsbewegung zur Internationalen Association für England in die Hand nehmen werde.

Eine lebhafte Debatte entspinnt sich noch über die Vertretung der römischen Kurie im Komitee, nachdem Chamy, Vertreter der Zivilerien-Gewerkschaft, sich in scharfen Worten dagegen gewendet hatte. Er wies darauf hin, daß die sozialistischen Arbeiter durch jene Vertretung der Statuten abgestoßen würden.

Mahaim wiederholte seine Gründe für die Zuziehung eines päpstlichen Vertreters. In Belgien würden eine große Zahl Katholiken der Association fernbleiben, wenn der heilige Stuhl nicht vertreten wäre. Redner selbst sei kein Katholik und kein Freund der katholischen Religion.

Prof. Say-Paris spricht als „überzeugter Katholik“ und bittet, keine antikatolische Manifestation zu machen, wie durch die ange-

führte Bestimmung keine katholische Manifestation beabsichtigt worden wäre.

v. Berlepsch warnt vor der gefährlichen Wendung der Diskussion. Sobald ein Punkt der Statuten abgehandelt würde, ständen alle andern in Frage. Kompromisse seien unumgänglich. Auch die Arbeiterparteien machten Kompromisse.

Lagarde, Chefredakteur des „Mouvement Socialiste“, sagt, er müsse in diesem Punkt von seinem Genossen Chamy abweichen. Die Sozialisten arbeiteten doch auf dem Kongreß zusammen mit Katholiken. Dieser Kongreß bedeute nun einmal — nach Liebknechts Ausdruck auf dem Züricher Kongreß von 1897 — einen „Gottesfrieden“ der Parteien. Galtten wir diesen Frieden! Reüffer, Sekretär des französischen; Buchdruckerverbands, spricht im gleichen Sinne wie Lagarde.

Damit schließt die Debatte.

Ueber die Statuten, die erst im letzten Augenblick in Vörstufen abgelesen unter die Kongreßmitglieder verteilt wurden, wird nun ein bloc abgestimmt. Sie werden mit allen gegen eine Stimme, diejenige Champs, votiert.

Prof. Cauwès hält die Schlußrede, in welcher er die Arbeiten des Kongresses mit Befriedigung resümiert und das herzliche, kollegialische Einvernehmen der Bureaumitglieder aller Nationen konstatiert.

Veranstaltungen.

Die Arbeiter-Bildungsschule hielt am 26. Juli 1900 ihre ordentliche Generalversammlung im Englischen Hof, Neue Nohstr. 3, ab. Der Genosse Lamms als erster Vorsitzender erstattete den Vorstandsbericht. Er führte aus, daß die Entwicklung der Schule auch im letzten Quartal eine günstige gewesen sei. Die Mitgliederzahl habe um 78 Mitglieder zugenommen, so daß jetzt 383 Mitglieder eingeschrieben seien, 56 Damen und 327 Herren, außerdem gehören noch 10 Jahresmitglieder der Schule an. Keinen Unterrichtsstunden besuchten 240 Mitglieder, einen Kursus 119, zwei Kurse 19 und drei Kurse 5 Mitglieder. Organisiert waren, soweit Angaben gemacht wurden, politisch 12, gewerkschaftlich 129, gewerkschaftlich und politisch 101 Mitglieder. Unterrichtsstunden fanden statt in Rationalökonomie mit 52 Schülern, 8 Damen, 46 Herren, durchschnittlicher Besuch 30. Nebenbildung mit 43 Schülern, 4 Damen, 39 Herren, durchschnittlicher Besuch 23. Geschichte mit 79 Einschulierten, 27 Damen und 52 Herren, durchschnittlicher Besuch 61. Der Kassierer Genosse Kömigs gab den Massenbericht. Die Einnahme betrug inkl. 3016,55 M. Bestand vom 1. Quartal 3400,30 M., die Ausgabe 603,92 M., so daß ein Bestand von 2796,38 M. verbleibt. Den Bericht der Bibliothek gab Gen. Krüdeberg. Die Bibliothek wurde um 64 Bände vermehrt, so daß jetzt 1083 Bände vorhanden sind. Ausgeliehen wurden 273 Bände, die Anzahl der lesenden Mitglieder betrug 101. Den Bericht des Lehrerkollegiums erstattete Herr Dr. Steiner. Er führte aus, daß es für Geschichte notwendig wäre, zunächst einmal eine kulturhistorische Uebersicht der Weltgeschichte zu geben, um hierauf gefügt, die weiteren Kurse aufbauen zu können. Für den Kursus Rede- und Vortragslehre, um Erfolge zu erzielen, Lehrer und Schüler konstant sein, da durch den Wechsel von Lehrern und Schülern ein Fortschreiten nicht möglich sei. In demselben Sinne äußerte sich in der Diskussion Genosse Dittmer. Auf Antrag der Revisoren erfolgte einstimmig Decharge und Entlassung für den Kassierer und die Bibliothekare. Für den ausgeschiedenen Revisor Frische wird Genosse Paul Müde als Kassierer gewählt. Unter Schlußwörtern giebt Genosse Lamms bekannt, daß im vierten Quartal der Unterricht wahrscheinlich im Gewerkschaftshaus stattfinden wird. Es werden vier Kurse stattfinden: Rationalökonomie Rechtsanwalt Franke, Natur-Erkenntnis Dr. Jitelsohn, Nebenbildung und Geschichte auf Wunsch der Mitglieder Dr. Steiner. Unter verschiedenen macht Genosse Warshawski den Vorschlag, nach Verlegung des Schullokals nach dem Gewerkschaftshaus ein zweites Schullokal zu begründen, da es einem Teil der Mitglieder unmöglich sein würde, am Unterricht teilzunehmen. Er wünscht ferner, daß der Vorstand dahin arbeite, daß die Arbeiter-Bildungsschule sich zur Volkshochschule entwickle und so einen pädagogischen Centralpunkt der Parteinossen bilde. In diesen Vorschlag schließt sich eine sehr lebhaft diskutierte, an der sich Ljogodi, Dittmer, Paul Müde, Stiller, Nachtigall u. a. beteiligten nach deren Schluß der Vorschlag dem Vorstand zur Verdisponierung überlassen wurde. Nach Erledigung einiger Anfragen und Wünsche erfolgte Schluß der Versammlung.

Die in Buchbindereien und verwandten Berufen beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen hielten am Dienstag in Meiners Festsaal in der Koppentstraße eine Versammlung ab, die von etwa 2500 Personen beiderlei Geschlechts besucht war. Dittmer referierte über die Frage: „Welche Forderungen stellen wir in diesem Jahre an das Unternehmerium?“ Unter Hinweis auf den bereits im Jahre 1898 aufgestellten Accordtarif, der wesentlich erweitert, im Jahre 1898 größtenteils zur Durchführung gelangte, aber am 31. 8. d. J. abläuft, verweist Redner auf die Vor- und Nachteile der Tarifgemeinschaften. Da letztere sich im allgemeinen gut bewährt, habe man bereits zu Oheim d. J. einen neuen verbesserten Tarif ausgearbeitet, der bisher von den Unternehmern noch nicht anerkannt worden sei. Entsprechend der allgemein gestiegener Lebenshaltung, der zufolge auch andere Verufe Lohnaufbesserungen erzielt haben, sei dieser neue Tarif noch länger, mühevoller Arbeit aller Beteiligten zu stande gekommen. Nur die Karton- und Zugschloßpapier-Branchen, wo überwiegend Arbeiterinnen beschäftigt werden, konnten wegen der Tariflosigkeit dieser Berufsgruppen im Tarif keine Berücksichtigung finden; die Album- und Lederwaren-Branchen sind ebenfalls nicht einbezogen.

Redner verliest nunmehr die einzelnen Punkte mit eingehender Begründung derselben, woraufhin der ganze Tarif mit einigen Abänderungen von der Versammlung unter jubelndem Beifall einstimmig angenommen wurde. Der Tarif soll als Grundlage für Accord- und Wochenlöhne, für Gehilfen und Arbeiterinnen in Buchbindereien und verwandten Berufen dienen. Die Arbeitszeit beträgt neun Stunden täglich, ausschließlich der Pausen für Mahlzeiten; an Sonnabenden sowie an Vorabenden geleglicher Feiertage 8 1/2 Stunden. Der Minimal-Wochenlohn beträgt a) für männliche Arbeiter 24 M.; b) für Specialarbeiter, als Presser, Marmorierer, Beschneider u. dgl. 27 M.; c) für Presser an der Webdruckpresse innerhalb der ersten sechs Wochen 28,50 M., nach Ablauf dieser Zeit 33 M. Arbeiten an der Webdruckpresse dürfen nur von gelehrten Arbeitern (Presser) ausgeführt werden. Arbeiten, wobei die Konkurrenz der Buchdrucker in Frage kommt, wie Umschläge aus Papier, Leinwand u., können auch von anderen (ungelehrten) Personen ausgeführt werden; d) für geübte Arbeiterinnen (Faltzerinnen u.) 15 M.; e) für ungebildete Arbeiterinnen 10 M.; f) für Arbeiterinnen an Draht- und Fadenstrickmaschine, Nähmaschinen u., sowie für Goldstrickerinnen 20 M.; g) Arbeiterinnen an der Holz- und Universal-Heftmaschine 17,50 M. Bei „Ausbildungsarbeit“ (Accord oder Lohn) bis zu 14 Tagen muß ein Zuschlag von 15 Proz. gewährt werden. Ueberzeitarbeit ist möglichst zu beseitigen. Montag und Sonnabend, sowie an Vorabenden geleglicher Feiertage darf nur in besonderen Ausnahmefällen länger gearbeitet werden; für jede derartige Ueberstunde ist ein Zuschlag von 50 Proz. zu zahlen. An anderen Wochentagen sind für die ersten zwei Ueberstunden 33 1/2 Proz., für alle darauf folgenden, wie auch eventuell an Sonntagen sind 50 Proz. für jede Ueberstunde zu zahlen. Der Zuschlag für Ueberzeitarbeit bei Accordarbeiten beträgt a) für männliche Arbeiter 15 resp. 30 Pf.; b) für Arbeiterinnen 10 resp. 15 Pf. Bei Ueberzeitarbeit ist ferner für die ersten 2 Stunden eine Pause von einer Viertel-, bei längerer Zeit von einer halben Stunde zu gewähren und als volle Arbeitszeit zu bezählen. Diesem Minimaltarif entsprechend ist selbstverständlich geübteren Arbeitern und Arbeiterinnen ein höherer als im Tarif geforderter Wochenlohn zu zahlen. Auch für Accordarbeiten, deren Herstellung besondere Geschicklichkeit und Sorgfalt erfordert, sind entsprechend höhere Preise zu zahlen. Bezahlung der geleglichen sowie der vom Geschäftsinhaber angeordneten Feiertage:

Alle in diesem Tarif bezeichneten Arbeiten dürfen nur von solchen Personen, Arbeitern und Arbeiterinnen, ausgeführt werden, welche den im Tarif bestimmten Lohnsatz erhalten. Unter Mädchenarbeiten sind zu verstehen: Falzen, Zusammentragen, Einheften, Kartendrehen, Fellen, Couvertieren, Kreuzhändeln, Adressieren, Kleben, Markieren, Persforieren, Baginieren, Abzählen, Kleben, Kleben von Prospekten und Jetteln, Prospektieren, von Kopportage-Monumen u. c. Alle andern Arbeiten sind Gehilfenarbeiten, und sind bei Ausführung derselben durch Arbeiterinnen die Löhne sowie Accordpreise wie für männliche Arbeiter zu zahlen. Werden aber dorthin bezeichnete Frauenarbeiten, ausgenommen Maschinenheften und Broschüren, von Gehilfen ausgeführt, so ist ein Lohnzuschlag von 25 Proz. zu zahlen. Lehrlingmädchen sind als ungebildete Arbeiterinnen zu betrachten bis zur Dauer von 13 Wochen. Während dieser Zeit haben sie den Lohnsatz für ungebildete, nach Ablauf derselben bis innerhalb eines Jahres, den Lohn für geübte Arbeiterinnen zu beanspruchen. Bei Accordarbeiten ist das dauernde Zusammenarbeiten von Gehilfen und Lehrlingen, bezw. Arbeitsbüchsen unzulässig. Sämtliche vorkommenden Arbeiten dürfen nicht wahlweise zur Fertigstellung ausgegeben, sondern nur entweder als Lohn- oder Accordarbeit bezeichnet und von den Arbeitern ausgeführt werden. Vorkommende Stundenlöhne sind nach Durchschnittsberdienst zu berechnen. Bei Arbeiten, welche außerhalb der Werkstatt (Montage) ausgeführt werden, sind 25 Proz. Zuschlag zu gewähren. Die Arbeitgeber verpflichten sich, nur den Arbeitsnachweis des „Deutschen Buchbinderverbands“ zu benutzen. Alle Streitigkeiten, welche aus den Bestimmungen dieser Tarife entstehen, sind, bevor Entlassung oder Arbeitsentstellung erfolgt, einer gemeinschaftlichen, zu gleichen Teilen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern bestehenden Tarifkommission zu unterbreiten, und innerhalb drei Tagen zu entscheiden. Vorwort und allgemeine Bestimmungen sind in allen Werkstätten auszuhängen. — Allgemeine Forderungen: Freigabe des 1. Mai als Feiertag. 10 Proz. Lohnzuschlag für alle Arbeiter und Arbeiterinnen, welche von diesem Lohnsatze insofern nicht betroffen werden, als sie bereits die geforderten Lohnsätze schon erhalten. Maßregelungen dürfen nicht stattfinden. — Um diesen Tarif zur Durchführung zu bringen, sei erforderlich, daß alle Richter organisierter nicht nur sich dem Verband anschließen, sondern auch rechtzeitig eine rege Agitation in allen Werkstätten entfalten. Dem es stehe zu erwarten, daß die Unternehmer, die, wie Bergmann hervorhob, in § 1 ihres Organisationsstatuts, „alle unberechtigten Forderungen der Arbeiter zurückweisen und befämpfen, dagegen deren „berechtigten Interessen jederzeit schütten wollen.“ — den Tarif nicht sofort bewilligen werden. Da ein Unternehmer sich bereits dahin geäußert: „Die Arbeiter mögen nur kommen, wir sind mit den Buchbändlern schon längst einig, um ihre ungehörigen Forderungen zurückzuweisen, und sie schließlich aus Hungern zu können!“, so haben wir uns auf einen harten Kampf gefaßt zu machen! Dazu ist einmütiges Zusammengehen erforderlich. Die Kriegslöhne ist bereits gut fundiert, um den Kampf eventuell drei Monate lang aufzunehmen und aushalten zu können. (Langanhaltender und wiederholter sämmtlicher Beifall!) Eggert erklärt, daß die Arbeiter der Kontobuchbranche sich diesen Forderungen anschließen. Die von Referenten vorgelegene Resolution, durch welche sich die Anwesenden mit dem Tarif und dem Vorgehen der Tarifkommission einverstanden erklären, gelangte einstimmig zur Annahme. Die neu gewählte Lohnkommission besteht aus folgenden Mitgliedern: Dittmer, Engel, Bergmann, Krause, Thielemann, Jost, Hoffmann, Fraulein Weder und Hel. Liebmann. Der von Schulze erstattete Bericht über den „Widerstandsfonds“, ergibt mit dem früheren Bestand von 795,74 M. eine Gesamt-Einnahme 2528,94 M., wovon nur 2,50 M. für Unkosten veranlagt wurden. Infolge der von den Revisoren bekundeten Mangel der Abrechnung, wird dem Kassierer Entlassung erteilt. Wegen Ueberstunde mit Arbeiten wird an Stelle von Schulze, Bergmann als Kassierer für diesen Fonds gewählt; als Revisoren werden Paul Hoffmann, Hellrich und Vent erannt. Als Kandidat für die bevorstehende Gewerkschaftswahl wurde Dittmer einstimmig empfohlen. Nach einer feurigen Ermahnung des Vorsitzenden Bar zum Aushalten im Kampf, wurde die wichtige Versammlung mit einem begeisterten Hoch geschlossen.

Niddorf. Am 27. d. M. tagte eine Versammlung des Niddorfer Gewerkschaftsrates bei Thomas, Dornammitz 50. Gen. Tost referierte zunächst über Konsumgenossenschaften. Der Referent legte in 15 Minuten Rede den Wert der Konsumgenossenschaften für die Arbeiter dar. Er meinte, abgesehen von den großen englischen Konsumvereinen, die für die Arbeiter ganz bedeutende Vorteile gebracht haben, gäbe es in Deutschland eine ganze Reihe dorthin wirtschaftlicher Vereinigungen, die immerhin, von ziemlich kleinen Ausnahmen abgesehen, in verhältnismäßig kurzer Zeit großartige Erfolge zu verzeichnen gehabt hätten. So habe der Konsumverein Leipzig-Plagwitz, welcher schon mit der eignen Produktion vorgehe, eine eigene Bäckerei im Betrieb. In dieser Bäckerei verdienen die Bäder bei achtstündiger Arbeitszeit bis 33 Mark Lohn die Woche. Das in jeder Beziehung gute Brot, welches dort im maßvollen Betrieb hergestellt werde, sei wiederum ein großer hygienischer Vorteil. Aus allen diesen Gründen könne er den Arbeitern nur raten, Pann für Mann dem Konsumverein Berlin-Niddorf beizutreten, dann werde er auch Großes zu leisten im Stande sein. Vorläufige Geschäftsstellen für Niddorf seien Ziegenstr. 31 und Hohreithstr. 82. In der Diskussion wurden prinzipielle Bedenken nicht geäußert, nur waren einige Delegierte der Meinung, daß der Konsumverein deshalb keine größeren Fortschritte gemacht habe, weil die Rabatt-Sparvereine zu viel Nutzen unter den hiesigen Arbeitern gesät hätten. Folgende Resolution wurde gegen 4 Stimmen angenommen: „Die heute versammelten Delegierten des Niddorfer Gewerkschaftsrates erkennen den wirtschaftlichen Nutzen der Konsumgenossenschaften an, die Versammelten geben den Delegierten auf, in ihren Gewerkschaften für Verbreitung der Idee Sorge zu tragen.“ — Zum 3. Punkt der Tagesordnung verlas Genosse Heindrichs über die Verhältnisse im Malergewerbe, woraus zu entnehmen, daß leider der größte Teil der Malergehilfen der Organisation gleichgültig gegenübersteht. Die Folge davon ist, daß es dem Verband deutscher Maler sehr schwer wird, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse seiner Mitglieder zu verbessern. Der Bericht der Buchdrucker wurde verlesen. Der Kassendbericht vom 2. Quartal ergab eine Einnahme von 250,08 M. und eine Ausgabe von 163,65 M., mithin einen Bestand am 1. Juli d. J. von 86,38 M. Unter Vorsitzendem teilte der Vorsitzende mit, daß die Tabakarbeiter in Fisterwalde bisher 200 M. erhalten haben. Ein Antrag der Bauarbeiter, der Anschluß möge sich mit dem Krankenkasentemselben und deren Mithandeln beschäftigen und eventuell die Einberufung einer Gewerkschafts-Versammlung ins Auge fassen, wurde angenommen.

Konsumverein Berlin-Nord (Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung), Binowplatz 1 und Chorinerstraße 46. Aufnahmen werden dort außer Sonntags jederzeit vollzogen.

Mitglied. Der Diskussionsabend des Arbeiter-Bildungsvereins fällt heute Abend aus.

II. Gomboldischer Verein. Donnerstag, den 2. August, abends 9 Uhr: Diskussionsabend Stadtbahnhof am Redner Hof. Gäste willkommen.

Zirkelclub Neuzehner 1897. (Gem. Chor.) Uebungsstunde Andreasstr. 3. Gäste willkommen.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Anfrage eine Gütige (zwei Wochen oder eine Zeit) anzugeben, unter der die Antwort erteilt werden soll, und die letzte Abonnementanmeldung beizulegen. Fragen ohne solche Angaben werden nicht beantwortet und schriftliche Antwort wird nicht erteilt.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag und Freitag von 7-9 Uhr abends statt.

O. G. 18. Die Sperre ist bereits vollzogen. Riewitt. Wenden Sie sich an Herrn Martin Simon, Neupädagogische Straße 11.

Wortstudium ist, ist unter den akademisch Gebildeten der Specialismus zur Iden Fachinpelei ausgeartet, die die Litteratur gerade für gut genug zum Bodstoff-Vejesuttler hält. Oder sollen wir tiefere literarische Interessen erwarten beim Fabrikanten, beim Börsenjobber, beim Offizier? Dem Arbeiter endlich fehlt es an der literarischen Vorbildung, selbst wenn ihm Zeit und Stimmung zum literarischen Genuß nicht durch den Kampf und Dasein geraubt würde. Womit natürlich nicht behauptet werden soll, daß es nicht in allen Berufsständen künstlerisch verständnisvolle Elemente, wenn auch nur in geringer Zahl, gäbe.

Kapitalismus und Kunst sind nun einmal Widersprüche, die sich niemals auflösen lassen werden. Leider hat das selbst unter den ehrlich Ringenden und Schaffenden in der Litteratur nur ein kleiner Prozentsatz erkannt. Daß die im korumpierenden kapitalistischen Tagesgetriebe stehende bürgerliche Journalistik sich nicht zur Erkenntnis ihrer unwürdigen Lage durchzuringen vermag, darf erst recht nicht wundernehmen. Diesem Teil der Litteratur müßte ein eigenes Kapitel gewidmet werden.

Unsre prinzipielle Auffassung der Sachlage kann uns indes nicht hindern, anzuerkennen, daß die Forderungen der Petition im wesentlichen durchaus berechtigt sind. Warum sollte die Dichtung unter den Künsten allein nicht den Anspruch auf eine staatliche Förderung erheben können? Die Begründung der Petition ist unsres Erachtens überlegend. Freilich verkehren wir uns, wie übrigens auch die petitionierenden Künstler selbst, keineswegs die außerordentliche Schwierigkeit der Verwirklichung des Plans. Und zwar liegt die größte Schwierigkeit in der beabsichtigten völligen Unparteilichkeit der Goethe-Stiftung. Selbst wenn, was erforderlich, der Vorstand der Goethe-Stiftung nur aus Künstlern selbst bestände, so wäre damit die wirkliche Unparteilichkeit noch keineswegs garantiert: wird doch die Uneinigkeit des Litteralentums höchstens nach von der der Komödianten betroffen. Das Umfassen der Koterien und Cliques nicht irgendwelcher Art gerade in der Litteratur. Selbst das Charakterbild der großen Einamen wird nun zu oft durch Mißgunst und Intoleranz gegen Mißredende einer andern Richtung getrübt. Trotz alledem halten wir die Petition für sehr erwägenswert.

Die Unterzeichneten geben sich keinen Illusionen über die Aufnahme ihrer Petition hin. „Selbstverständlich“, heißt es in ihrer Begründung, erhoffen wir trotzdem nicht etwa eine „glatte Annahme“ durch unser Parlament. Schon dessen Zusammenkunft macht das ja so unwahrscheinlich wie möglich. Dann aber ist auch der Standpunkt, auf dem die Unterzeichner stehen, den allermeisten noch ganz fremd. Und schließlich liegen ja hauptsächlich in der Sache selbst eine Menge von Schwierigkeiten, mehr als genug, um alle Leute zurückzuführen, die lieber „ja — aber...“ sagen, als: „ja — also!“

Jedenfalls aber können die Petenten doch sicher sein, daß von unsrer Seite die Anregung durchaus wohlwollend geprüft werden wird.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, den 2. August.
Opernhaus, Geschlossen.
Schauspielhaus, Geschlossen.
Neues Opern-Theater (Kroll), Geschlossen.
Deutsches. Der Probenandbat. Anfang 7 1/2 Uhr.
Leistung. Die Geisha. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reibens. Die Dame von Maxim. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Unsere Gaste. Anfang 8 Uhr.
Westen. Die Fiedermaus. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller. Die weiße Dame. Anfang 7 1/2 Uhr.
Central. Berlin nach Ost. Anfang 8 Uhr.
Thalia. Zufamith.
Calla. Die Anna-Me. Anfang 7 1/2 Uhr.
Velle. Alliance. Der Stedbrief. Im Garten: Specialitäten-Vorstellung und Konzert. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelms-Theater. Im Garten: Specialitäten-Vorstellung.
Metropol. Specialitäten-Vorstellung. Der Jauderer am Nil. Anfang 8 Uhr.
Apollo. Specialitäten-Vorstellung. Semis auf Erden. Anfang 8 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Passage-Panopticum. Specialitäten-Vorstellung.
Irania. Jubiläumstr. 57/62. Täglich abends von 5-10 Uhr: Sternwarte.
Zauberei. 48/49. Abends 8 Uhr (im Theateraal): Eine Wanderung durch die Pariser Weltausstellung.

Schiller-Theater

(Waller-Theater).
Morwitz-Oper.
Donnerstag, abends 7 1/2 Uhr: Gastspiel Heinrich Büdel. Die weiße Dame.
Samstag, abends 7 1/2 Uhr: Zum erstenmal: Zampa oder: Die Marmorbrant.
Sonabend, abends 7 1/2 Uhr: Gastspiel Heinrich Büdel. Martha oder: Der Markt zu Richmond.
Sonntag, nachmittags 3 Uhr, bei halben Preisen, zum letztenmal: Der Freischütz.
Sonntag, abends 7 1/2 Uhr: Zum erstenmal: Undine.

Central-Theater

Sensationeller Lacherfolg!!
Zum 112. Male:
Berlin nach Ost.

Carl Weiss-Theater

Gr. Frankfurterstr. 132.
Zum letztenmal:
Die Tochter Bellias.
Konkurrenz-Vorstellung in 5 Akten von Knebel. Anf. 8 Uhr.
Freitag: Zum 1. Male: Die Voger in China. Kinesische Zeitgeschichte in 4 Akten von Dr. W. Wolf.
Sauptbilder:
„Eine Palastrevolution in Peking“ und „Die verzauberte Flotte vor China“.
Im Garten: Benefiz f. d. Regisseur R. Felling und B. Frey.
Neues August-Programm. Anf. 4 Uhr.
Sonabend: Sommernacht - Fest.

Thalia-Theater

Heute und morgen:
Gastspiel der Orientalischen Natursänger „Sulamith“.
Klassischer Melodrama in 4 Aufzügen von Goldboden.

Apollo-Theater

Vollständig neues Specialitäten-Programm.
8 Debuts.
Zum 175. Male:
Venus auf Erden.
Kasseneröffnung 7 Uhr.
Garten-Konzert 7 1/2 Uhr. Anfang der Vorstellung 8 Uhr.

Puhmanns Vaudeville-Theater

Schönhauser-Allee 149.
Kastanien-Allee 97-99.
Täglich:
Konzert, Theater und Specialitäten-Vorstellung.
Künstler L. Rangos. - Im renovierten Saale: Großer Ball. - Anfang 4 Uhr.
Lehmann.

Urania

Taubenstrasse 48/49.
Im Theater abends 8 Uhr:
Eine Wanderung durch die Pariser Weltausstellung.
Invalidenstr. 57/62.
Tägl. Sternwarte.
Nachmittags 5-10 Uhr.

Passage-Panopticum. Marokkaner

(11 Mädchen, 8 Männer, 3 Kinder).
Vorstellungen um 12, 5, 7 und 9 Uhr.
Von 7 bis 10 1/2 Uhr:
Théâtre varié.

CASTANZ PANOPTICUM

Neu! Lebende Photographien:
Die Flottenparade in Kiel, Ausf. d. Panzorgeschwaders nach China u. a. m.
Der arm- und beinlose Hindu-Knabe.
Die Hindostanerin mit dem Apfelsinenkopf.
Tiroler-Gesellschaft „Almrausch“
Das Sensations-Tableau: Liebesdrama im Bärenzwinger.

Metropol-Theater

Täglich 9 Uhr 10 Min.:
Der Zauberer am Nil und das brillante August-Specialitäten-Programm.
Anf. 8 Uhr. Kaufen überall gestattet.

Reichshallen.

Täglich: Stettiner Sänger.
Anfang: 8 Uhr.
Wochentags 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.
Entree 50 Pfennig.
Vorverkauf 40 Pf.

Victoria-Brauerei.

Lützowstr. 111/112.
Im Garten oder Saal
Täglich:
Norddeutsche Sänger (Jührmann, Gerh. Walbe.)
Anfang: Sonntag 7, Wochentags 8 Uhr.
Entree 50 Pf. Vorverkauf 40 Pf.
Familien-Preis 3 Stuhl 1 R.
Sond. nur in der Woche gültig.
Sonntags und Donnerstags:
Tanzkränzchen.

Sanssouci

Im prachtvollen Natur-Garten
leben Sonntag u. Donnerstags humorist. Solos der Norddeutschen Quartett-Sänger Oms, Cahndley, Naga u. Co.
Anfang Sonntag 7 Uhr.
Entree 50 Pf. Donnerstags 8 Uhr.
Nach der Soloe: Tanzkränzchen. Tanz frei.
Donnerstags haben Vereinsbillets und Bessepartants Gültigkeit.

Prater-Theater.

Kastanien-Allee 7-9.
Täglich: Lebenswellen. Volksstück mit Gesang und Tanz in 3 Akten von Hugo Schulz, Musik von H. Wal. Ballett unter Leitung der Ballettmeisterin Frä. Böring. Kulturten der Greentrie: Chansonnette Molly Verob, d. Grottesque-Duetten Gehr. Milano, d. Tauma-Quartett, The Milano, Turner am dreifachen Red, The Gladenbocks Krotiggladiatoren, The Harwoods, Regier-Greentrie, Rooberts Company, Schottenpantomime. - Konzert. Im Saale: Ball. - Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf. Rum. Platz 50 Pf. Kalbo.

Seldschlözchen

Im: Fritz Nagel.
Müllerstraße Nr. 142.
Täglich: Konzert, Theater und Specialitäten-Vorstellung.
Entree frei.
Sonntags: Gr. Extra-Vorstellung und Ball. Entree 20 Pf.

Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW., Genthstr. 2.

Soeben erschien der vom Genossen Paul Singer erstattete
Bericht über die parlamentarische Thätigkeit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion vom 11. November 1899 bis 12. Juni 1900.
Die Broschüre ist 48 Seite stark, mit Umschlag versehen und kostet 10 Pfg. - Porto 3 Pfg.
Der Verfasser - selber in der Vorbereitungsphase des parlamentarischen Kampfes stehend - schildert in gedrängter und übersichtlicher Weise die Stellung unserer Partei zu den verschiedenen Positionen des Reichshaushalts-Quats und zu den einzelnen Gesetz-Entwürfen, sowie die gesammte unerschöpfende Thätigkeit unserer Fraktion, die, auf dem Boden unserer Programms stehend, ein tüchtiges Stück praktischer parlamentarischer Arbeit im Dienste der arbeitenden Klasse verrichtet hat.
Hierin liegt der große agitatorische Werth des Büchleins, das wir hiermit bestens empfehlen.

See-Terrasse Lichtenberg

6 Röder-Strasse 6
(zwischen Steuerhaus Landsberger Allee und Lichtenberg).
Sonntag, den 5. August, nachm. 3 Uhr:
Gr. Kinder-Freuden-Fest!
Jedes Kind erhält beim Eintritt in den Garten ein Geschenk.
Vorzügliche Specialitäten-Vorstellung im offenen Variété. Entree frei.
Grosser Tanz im neuen Bal champêtre (auch Montags und Donnerstags). Kaffeeküche, Kegelbahnen, Grosser Vergnügungspark, Gondel-Korso.
Entree für Erwachsene und Kinder 10 Pfennig.
Wochentags Frei-Konzert.

Schweizer-Garten.

Am Königsthor - Gassehelle der elektr. Ringbahn - Am Friedrichshain.
Täglich:
Konzert, Theater, Ballett, Specialitäten-Vorstellung, Ball.
Clown Fanti | Patty-Frank-Truppe | Catrini-Ballett
Dressierte Affen u. Hunde. | 6 Pers., Part. Akrobaten. | ausgeführt von 7 Damen.
Miss Olga | Fritzi Destrée | Emil Völz
Kraffiongeuse. | Feuer- u. Flammentanz. | Tanzhumorist.
Elly Groné | Herm. Pertois | Franz Held
Chantouette. | Jub-Gaullbrist. | Liebesjünglein.
Im Witwen-Verein. | In Vorbereitung:
Lustspiel. | **China im Feuer.**
Meier mit'n? | Vollen-Burleske. | Kriegsschauspiel in 4 Bildern.
Die lustigen Weiber. | Duette. | Anfang 4 Uhr. Entree 30 Pf.

Max Kliems Sommer-Theater

Gartenzeit 13-15.
Artistische Leitung: Paul Hilbits.
Täglich:
Grosses Doppel-Konzert, Theater und Specialitäten-Vorstellung.
Jeden Montag: Sommerfest. - Mittwoch: Die beliebtesten Kinderseite. - Donnerstag: Elite-Tag.
Die Kaffeeküche ist täglich von 2 Uhr an geöffnet.
2 hochlegante Kegelbahnen, Würfelbuden, Konditorei, Blumenband etc.
Sonntag, Montag und Donnerstag: Familien-Kränzchen.
Max Klem.

Neue freie Volksbühne.

Sonntag, den 5. August, nachmittags 2 1/2 Uhr,
im Schiller-Theater, Wallner-Theaterstr. 35,
Opera-Vorstellung (Morwitz-Oper):
Der Freischütz.
Romantische Oper von C. M. v. Weber.
Billets a 1 R. inkl. Garderobe (für Mitglieder und Gäste) sind in folgenden Zahlstellen zu haben:
150/15
Bobsien, Kommandantenstr. 62; Werling, Borsenerstr. 32; Pech, Wödenstr. 120; Stampchl, Mariannenstr. 26; Köhn, Ranninstr. 65; Kaufhold, Wangelstr. 62; Gees, Hübendorferstr. 18; Schrolle, Sandwehstr. 3; Nest, Georgenkirchstr. 24 A; Becker, Gohlfeldstr. 9; Lohr, Ackerstr. 38, 11; Schmidt, Tredestr. 22; Knapp, Grünthalstr. 5.
Achtung, Mitglieder! Die erste ordentliche Vereins-Vorstellung findet am 16. September im Thalia-Theater statt. Der Umtausch der Mitgliedsarten findet in der Zeit vom 12. August bis 2. September statt. Nach dem 2. September werden Karten nicht mehr umgetauscht.
Der Vorstand. H. A.: S. Nest, Kassierer, Georgenkirchstr. 24 A.

W. Noacks Theater.

Brunnenstraße 16.
Täglich im Garten: Theater- u. Specialitäten-Vorstellung
Novität! Berliner Sonntagreiter
Novität! Berliner Sonntagreiter
Operetten - Burleske mit Gesang und Tanz von D. Julius. Musik von Richard Thiele
Im Saal: Tanzkränzchen.
Ostbahn-Park
Hermann Imbs
71 Nübbendorfer Straße 71
am Röhrenweg.
Täglich Konzert, Theater- und Specialitäten-Vorstellung.
Nur erstklassige Nummern.
Anf.: Sonntag 4 Uhr. Entree 20 Pf.
Kinder 10 Pf. Special Nachzahl. 20 Pf.
Anf.: Wochent. 5 Uhr. Entree 10 Pf.
Kinder 10 Pf. Special Nachzahl. 10 Pf.
Hermann Imbs, Direktor.

Deutsche Konzert-Hallen

Spandauer Brücke 3.
7 Stadtbahnhöfen.
Großer Naturgarten.
Täglich von 6 Uhr ab:
Gr. internationale Konzerte
Gesangs-Musik-Kapellen.
Entree frei.
Son 8 Uhr ab:
Theater-Abteilung.
Specialität.-Vorstellung.
Empfehle allen Freunden u. Bekannten
Eugen Weiss, Bayrischbier- und gr. Speisegeschäft, Reich- und halbes Frühst. von 30 Pf., Mittag mit Bier 50 Pf., sowie Abendessen à la carte von 30 Pf. an. 2 Vereinszimmer mit Klavier für 20-50 Personen.
H. Stramm, West, Ritterstr. 123.
Für 30 Mark
fertige hochfeine Krüge und Paletots nach Maß, prima Stoff und guter Sitz.
Riesenschlager 61888
Krausenstr. 14, 1 (fein Laden.)

Hierdurch zur Nachricht, daß meine Frau Louise Klette am 30. Juli verstorben ist. 21009
Die Beerdigung findet am Freitag, den 3. August, nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle des Neuen Vossens-Richthof, Hermannstraße, aus statt.
E. Klette nebst Kindern.

+ Heilung +
aller Haut-, Horn-, Blasenleiden ohne Berufshörung.
11jährige Erfahrung.
Harder senior, Elsass-Strasse 20.
Sprechst. 9-1 u. 5-8 1/2, Sonntag 9-2.
84/3*

Dankfagung.
Allen Freunden und Bekannten sowie den Kollegen und Mitarbeitern der Firmen Pingel, Pfaff, Müller u. Co. und Pohl sowie dem Centralverein der Bildhauer sage hiermit meinen herzlichsten Dank für die zahlreiche Beteiligung bei dem Begräbnis meines lieben Mannes.
Wwe. Wegner nebst Eltern. 21995

Dankfagung.
Allen Freunden und Bekannten sowie den Mitgliedern der freien Hilfskasse der Tischler für die rege Beteiligung und die reichen Kräfte beim Begräbnis meines lieben Mannes meinen herzlichsten Dank.
Frau Paula Weinaß Wwe. 21976

Fliesenleger.

Freitag, den 3. August cr., abends 8 Uhr:
Oeffentliche Versammlung
bei Schulz, Grenadierstraße Nr. 33.
Tagesordnung: Ueber Streit. Die Kommission.
NB. Die Vereinsversammlung am 2. August fällt dadurch aus. 156/9

Bauhandwerker - Krankenkasse

für Berlin und Umgegend. Eingeschriebene Hilfskasse Nr. 118.
Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß die Zahlstelle Friedrichshagen von der Gärtelstraße nach der Frankfurter-Allee 181 bei Grauert verlegt ist. 38/9
Der Vorstand. H. A.: Heinrich Meise, Vorsitzender.

Partei-Expeditionen:

Berlin vierter Wahlkreis O.: Robert Wengel, Große Frankfurterstr. 133, 2. part. - SO.: Fritz Thiel, Schillerstr. 35 v. part. - Sechster Wahlkreis (Noabit): Karl Anders, Salzweberstr. 8, part. im Laden. - Wedding und Oranienburger Vorstadt: Emil Stolzenburg, Wiesenstraße 14 - Gesundbrunnen: Wilhelm Gahmann, Grünthalstr. 65. - Rosenthaler Vorstadt und Schönhauser Vorstadt: Carl Wers, Rosenthaler-Allee 95/96. - Charlottenburg: Gustav Scharrer, Selenstr. 1, Ecke Goethestr., v. 1 Treppe. - Deutsch-Wilmersdorf: Dr. W. Müller, Berlinstr. 132/133, rechter Seitenfl. und Dr. R. K. K. Auguststr. 8 v. l. - Friedrichshagen-Friedrichsfelde: Carl Wolf, Berlin O., Friedrich-Richardstr. 4, vom 1. Juli ab Frankfurter Allee 177. - Grünau: Engel, Dahmstraße 6. - Rixdorf: O. Hermann, Gröb. 8. - Schöneberg: W. Baumier, Apffelb. 13, Quergebäude Godep. - Ober-Schöneberg: Otto Fohn, Wilhelmshofstr. 18. - Nieder-Schöneberg: Carl Weber, Sigartengasse. - Johannisthal: Paul Mann, Friedrichstr. 39, l. - Adlershof: Max W. W. Meyerstr. 4. - Cöpenick: Franz Weber, Eigarren-Garten, Grünauerstr. 1. - Friedenau-Steglitz: G. Bernsee, Kirchstraße 15 in Friedenau. - Bestellungen nehmen entgegen in Steglitz: G. W. W. Doppelstr. 8, und Fr. Schellhase, Kornstraße 15a. - Baumschulenweg: Fred. Baumschulenweg 32, Postl. II. - Neu-Wehensee: Expeditor Heinrich Bachmann, Wehenerstr. 1, part. links. Rummelsburg: Jörgert, Prinz-Albertstr. 5a.
Auserdem ist sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werte dort zu haben. Auch werden Inserate für den „Vorwärts“ entgegengenommen.
Um genaue Angabe der Adresse wird dringend gebeten.

Arbeits-Bekleidung

für Mechaniker, Bildhauer, Maler, Schlosser, Schlichter, Konditoren, Feineure, Ein gros - Detail.
D. Wurzel & Co.,
Wrangel-Strasse 17, Ecke Manteuffel-Strasse.
Zum Abschluss von

Einbruch- und Diebstahl-

versicherungen für die Kölnische Unfallversicherungs-Aktien-Gesellschaft empfehlen sich die Vertreter derselben (siehe Berliner Adressbuch, Inserate, Seite 34), sowie die Feuer-Generalvertreter:
Becker & Hahn, Taubenstr. 30, II.
H. Jitschin, Lindenstr. 16/17, II.
Dr. Steininger, Subdirektion, Kochstr. 53, I.
27/13*

Wein

zum Ausschank sehr geeignet!
süss, rot, wie Portwein,
ausgezeichnet im Geschmack,
garantiert rein, 10 Ltr. M. 7,-, 100 Ltr. 65,-, Oxhoft M. 120,-
Amt Iva. 7130. 1493 L.
Eugen Neumann & Co., Berlin SW., Hollmannstr. 16.

Möbelstoffe!

angef. alle Qual. selten billig!
Gelegenheitskauf:
Moqueté-Püschel 5,35 M.
per Meter (130 cm breit). 14812
Wasser 6. näherer Angabe franco.
Berlin S.,
Emil Lefèvre, Cranienstr. 158.

Bettfedernreinigung

elektrischer Betrieb,
Grüner Weg 3. 14902
Hausehild & Kettnitz.

Muschneiden!

Gültig 4 Wk.!
Künstl. Zähne von 3.- R. an
in tabelloser Ausführung. 150828
Guckel, Laufher Platz 2.

Chronische Leiden

jeder Art ohne Berufshörung,
Institut Jost, Chausseestr. 117, l. r.
9-3, 5-9, Sonntag 9-7. [*
Arbeiten 20 Proz. Ermäßigung.

Natur-Heilverfahren.

Haut-, Horn- u. Blasenleiden,
Frauen-Krankheit, heilt sicher
ohne Berufshörung. 139782
R. Wagner, (fr. Wallstraße 23.)
9-2, 5-9, Sonntag 9-2.

Fußschweiß

Handschweiß, Schweiß unter den
Armen, Wundlaugen, Rindfleisch, u. de.
steigt sofort Polenin-Essenz
Blöße Nr. 150, ist sofort trocken
und geruchlos, garantiert unschädlich
sicher wirkend, veremb. Dr. Georg
Pohl, Berlin, Brunnenstr. 157. 14902

Eine wichtige Staatsaktion. Die Polizeibehörde in Trier ist mit einem Prozeß gegen die dortigen Krankenkassen durch alle Instanzen hineingefallen. Die Krankenkassenvorstände waren zu einer gemeinsamen Besprechung der behördlich angeordneten Vertreterwahl für die Alters- und Invalidenversicherung zusammengekommen. Vor dem Beginn der Versammlung erschien ein Polizeibeamter, bezeichnete die Zusammenkunft als unzulässig und blieb zur Ueberwachung zugegen. Obwohl die Anwesenden diese Maßnahme für durchaus ungesetzlich hielten, nahm man die Mahlen der Vertreter doch in der Weise vor, daß jeder Kassenvorstand der Reihe nach für seine Klasse die Sitzung eröffnete, die Wahl erledigte und die Sitzung schloß. Trotzdem bestrafte die Polizeibehörde dreizehn Vorstandsmitglieder mit je 15 M., weil sie eine öffentliche Versammlung abgehalten hätten, worin sie als Leiter oder Redner aufgetreten seien, ohne die Versammlung polizeilich angemeldet zu haben. Auf den Einspruch der Beiräte erliefte das Schöffengericht, und auf die Berufung des Staatsanwalts auch die Strafkammer freisprechend. Gegen die Freisprechung von sechs Vorsitzenden und eines Schriftführers legte der Staatsanwalt Revision ein. Das Kammergericht wies die Revision zurück und legte die offenbar beträchtlichen Kosten der Staatskasse zur Last.

Ein eigenartiges Mittel, das Mitleid des Publikums zu erregen, hat der Arbeiter Johann Gallien zur Anwendung gebracht, der gestern vor der 131. Abteilung des Schöffengerichts unter der Anklage des Betruges stand. Gallien pflegt sich an belebten Straßenenden plötzlich zu Boden zu werfen — aber so vorsichtig, daß er sich nicht wehe thut — und sich in Krämpfen zu winden. Im Ru ist er von einer Schaar Neugieriger und Teilnehmender umgeben. Reicht einer der letzteren ihm eine Gabe, so hat der angeblich Kranke, der mit Händen und Füßen um sich schlägt, plötzlich so viel Herrschaft über eine seiner Hände, daß er mit derselben das Geldstück in Empfang nehmen kann. Auch vermag er ein leises „Danke schön“ zu stammeln. Dann beugt er wieder, wie toll mit den Armen in der Luft herumzufucheln. Eines Tags gehörte auch ein Schuhmann zu den Neugierigen. Kaum wurde Gallien ihm gewahrt, als er aufsprang, die Kette der Umstehenden durchbrach und davonlief. Der Schuhmann hinterher. Der Gerichtshof ahndete diesen Anschlag des Angeklagten auf das Mitleid des Publikums mit einer Gefängnisstrafe von einer Woche.

Sociales.

Verhütung von Baumfällen. Im bayerischen Ministerium des Innern wurde ein Entwurf zu einer umfassenden, für das gesamte Königreich Bayern zu erlassenden Verordnung ausgearbeitet, die eingehende Maßnahmen zur Verhütung von Baumfällen sowie zur Vermeidung von Erkrankungen von Bauarbeitern enthält. Der Entwurf zu dieser generellen Verordnung enthält im wesentlichen die gleichen Bestimmungen wie die ortspolizeiliche Verordnung, die für München zur Verhütung von Baumfällen bereits besteht. Neu in dem ministeriellen Entwurf ist die Bestimmung, daß bei jedem Bau, bei dem mehr als zehn Arbeiter beschäftigt sind, irgend ein Unter-
kunftsbau geschaffen werden muß, wo sich die Leute während der Arbeitspausen aufhalten können.

Zur Reform des Krankenversicherungs-Gesetzes. Eine von den Vorständen der Krankenkassen und der Gewerkschaften Kreise auf den 29. Juli einberufene Versammlung beschäftigte sich mit dem Rundschreiben, Reform des Krankenversicherungs-Gesetzes betreffend. Kreise hat das zweifelhafte Vergütigen, im Besitz von 52 Krankenkassen, Betriebs-, Innungs- und Ortskrankenkassen, zu sein, welche dem Krankenversicherungs-Gesetz genügen. Daß bei einer solchen Reorganisation der Kräfte nichts geleistet werden kann, ist selbstverständlich. Der Wunsch der Versicherten ist dem auch, Remedur zu schaffen. Nach ausgezeichneten Referaten des Dr. Kad aus Düsseldorf und des Genossen Gewehr aus Elberfeld wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die heute zwecks Stellungnahme zur geplanten Änderung des Krankenversicherungs-Gesetzes in der Stadthalle zu Kreise tagende Volksversammlung stimmt mit den beiden Referenten dahin überein, daß die von der Regierung geplante Änderung eine schwere Verletzung der Rechte der versicherungspflichtigen Personen bedeutet.

Die Versammlung ist mit der Ausdehnung des Kreises der Versicherungspflichtigen auf breiterer Grundlage einverstanden, desgleichen mit der Ausdehnung der Unterstützungsdauer auf 26 Wochen; sie erwartet, daß das neue Gesetz so gestaltet wird, daß den Kassen die Möglichkeit bleibt, ihre Leistungen in einem recht breiten Rahmen nach Belieben zu erweitern.

Die Versammlung hat nicht den Wunsch, daß eine andere Verteilung der Beiträge stattfindet, verwerfen aber auch ebenso entschieden eine andere Verteilung der Rechte der Versicherten und der Arbeitgeber in Generalversammlung und Vorstand.

Die Versammlung protestiert entschieden gegen die etwa geplante Angliederung der Krankenkassen an die Gemeinden und die Bevormundung seitens behördlicher Organe; sie verlangt vielmehr vollständig freies Selbstverwaltungsrecht, damit die Freundschaft an der Verwaltung den Kassenmitgliedern nicht genommen wird, und diese selbst vor Nachteilen bewahrt bleiben.

Die Versammlung fordert gesetzliche Bestimmungen, welche der Persönlichkeit der Kassen Einhalt thun und den Vorstehenden die Rechte gewähren, den Zusammenschluß der bestehenden Kassen aus freier Entscheidung herbeiführen zu können.

In der Artfrage plädiert die Versammlung für Beibehaltung der jetzigen Bestimmungen, wonach jeder Klasse es frei steht, das ihr genehme Artzestystem beizubehalten, spricht sich aber im Prinzip für beschränkte freie Arztwahl aus.

Diese Resolution ist dem Reichstags-Abgeordneten Dr. Wagem als Vertreter des hiesigen Kreises zu übermitteln.

Die Produktivgenossenschaft der Bäckerei-Arbeiter „Vorwärts“ zu Hamburg, die 1895 gegründet wurde und ihren Betrieb bisher in Mietlokalitäten führte, hat am Sonntag eine auf eigenem Grundstück errichtete Bäckerei großen Stils eingeweiht. Die Genossenschaft „Vorwärts“, die glücklichere Nachfolgerin der 1886 ins Leben gerufenen und 1895 verfallenen Vereinsbäckerei hat in den letzten Jahren so vorzüglich prosperiert, daß sie im letzten Jahre daran gehen konnte, sich an Stelle der alten teuren Mieträume eigene große Räume zu schaffen, die nicht nur allen hygienischen Anforderungen auf das Beste entsprechen, sondern auch in ihren Betriebsanlagen gemäß den modernsten Fortschritten auf dem Gebiet der Bäckertechnik gestaltet sind. Hier gewaltige Doppelöfen mit je zwei Horden, die in immerwährender absoluter Sauberkeit bedingender Konstruktion durch laufendes Wasser geheizt werden, Mehlsiebe, Aneinanderreihungen usw., alles Maschinen, die die moderne Technik geschaffen hat, sind in den hellen luftigen Arbeitsräumen so geordnet, daß der zum Verbacken kommende Teig so gut wie gar nicht von Menschenhand berührt wird. Besonders Interesse fanden bei dem zur Einweihung geladenen Publikum die Ofen, Anleide- und Wasch- und Baderäume für das Betriebspersonal, die sehr hell und sauber und außerordentlich praktisch eingerichtet sind. Die Bäckerei ist ein Musterbetrieb in jeder Beziehung und zeigt, was ein ehrlicher Wille auch auf dem Gebiete der im allgemeinen ja noch recht rückständigen Bäckerei-Einrichtungen mit Benutzung der modernen Technik zu leisten vermag. Winnen kürzere wird die Vorwärts-Bäckerei die Achtstunden-Schicht in ihrem Betriebe einführen und dann bei täglich dreimaligem Schichtwechsel in der Lage sein, täglich das enorme Quantum von 100 000 Rundbrotchen und 3600 Broten der verschiedensten Sorten herzustellen.

Einen Preis von 1000 Fr. (800 M.) hat der Verband der französischen Industriellen zur Verhinderung von Arbeiterunfällen

ausgesetzt für die Erfindung eines Joller- und Schuhhandschuhs für die elektrischen Arbeiter. Der Handschuh soll die Hände und Unterarme der Arbeiter gegen die elektrischen Einflüsse schützen, muß dauerhaft genug sein, um das Arbeiten mit Draht etc. zu ermöglichen und darf bei der Arbeit nicht hinderlich sein. Wer an der Preisbewerbung teilnehmen will, muß vor dem 31. Dezember 1900 eine Beschreibung seiner Erfindung und zwei Paare der betreffenden Handschuhe einreichen. Der Preis kann für die beste Erfindung ausbezahlt oder auch unter mehrere Bewerber verteilt werden. Die Adresse der Gesellschaft lautet: Association des Industriels de France contre les Accidents du Travail, Paris, Rue de Lutèce 3.

Ueber den Arbeitsmarkt in Rußland und Kongreß-Polen veröffentlicht das Organ des russischen Finanzministers einige interessante Angaben. Wir entnehmen dem Bericht folgendes:

In Mittel-Rußland fehlten der Landwirtschaft überall Arbeitskräfte. Der Lohn ist dadurch gestiegen. Den Mangel soll die zu späte Aufnahme der Feldarbeiten und das Zustromen der Arbeiter zu Bahnbauten und zur Industrie verschuldet haben. Aus vielen Gouvernements wird geschrieben, daß die Berg- und Grubenindustrie ganze Dörfer zur Auswanderung zwingt. So wurden im Gouvernement Jekaterinostaw nach Gründung einer Hütte die Pächter so gesteuert, daß in einem Monat 397 Leute nach Sibirien ausgewandert sind. 4000 bereiten sich zur Reise vor. Die Löhne der Landarbeiter schwanken zwischen 50 Pf. und 2,20 M. täglich. Der sibirische Eisenbahnbau hat tausende von Arbeitern und Handverlern angezogen. Die Hafenstädte brauchen auch eine Masse Arbeitskräfte. Nach Kiew allein sind 20 000 Arbeiter zugewandert.

Aus Kongreß-Polen sind in diesem Sommer nach amtlicher Angabe 80 000 Arbeiter nach Preußen ausgewandert. Andre Ledarten geben die Zahl mit 100 000 an. Die meisten dieser Auswanderer kehren nach einigen Monaten zurück. Die Landwirtschaft klagt über eine „Leutenot“ lindernden. Wir wollen dazu bemerken, daß die Löhne der Landarbeiter in Kongreß-Polen geradezu erbärmlich sind. Die Behandlung der Arbeiter kann auch gar nicht schlechter sein. Wie tief ihre Lebenshaltung ist, kann man schon aus dem Umstande ersehen, daß sie die Verhältnisse in Ostelbien, die Wohnungen, die schlechter sind als die Schweinställe, noch als Fortschritt für sich halten.

Versammlungen.

Die Glaser hielten am Dienstag, den 24. Juli, ihre halbjährliche Generalversammlung ab, welche außerordentlich gut besucht war. Nachdem der Vorsitzende einen ausführlichen Geschäftsbericht gegeben hatte, verlas der Kassierer die Abrechnung. Diefelbe ergab, daß sich die Verhältnisse innerhalb des letzten Jahres erheblich gebessert haben, wiederum waren aber die lokalen Ausgaben, Agitation, Arbeitsnachweis und Unterstützung dermaßen gestiegen, daß der Bestand der Kasse auf 2 M. zurückgegangen ist. Die Mitgliedszahl ist innerhalb des letzten Jahres von 40 auf 391 gestiegen. Nachdem die Revisoren Bericht erstattet hatten, wurde dem Kassierer Decharge erteilt. In der darauf folgenden Vorstandswahl wurden gewählt die Kollegen Starke zum ersten Vorsitzenden, Rodow zum zweiten Vorsitzenden, Thilo zum Kassierer, Remer zum ersten Schriftführer und Pletsch zum zweiten Schriftführer, als Revisoren Hoffmann und Schulz. Dem Kassierer wurde als Entschädigung für seine Mühe für das kommende Quartal 5 Proz. der lokalen Einnahmen zugesprochen. Zur Deckung der Kosten soll in Zukunft die Section der Bleigläser projektional herangezogen werden. Zu unker bevorstehenden Lohnbewegung wurde mit der Beschluß gefaßt, die in Treibhausfabriken beschäftigten Kollegen herauszuheben; im übrigen dem Vorstand im Verein mit der Lohnkommission das weitere zu überlassen. Ein erneuter Antrag der Bleigläser auf Selbständigkeit als Rohstoffe wurde abermals abgelehnt und beschlossen, diese Sache während der Dauer unker jetzigen Lohnbewegung nicht mehr auf die Tagesordnung zu legen. Darauf erfolgte gegen 12 Uhr Schluß der Versammlung.

Der Konsum-Verein Berlin-Nikdorf hielt am 31. Juli eine außerordentliche Generalversammlung ab, in welcher Stangenberg, Ehrlich und Nielen in den Vorstand gewählt wurden, da auf Grund des Beschlusses der vorigen Generalversammlung: „daß Verwaltungsmittelglieder keinem andern, ähnlichen Verein (z. B. Rabattspartverein) als Verwaltungsmittelglieder angehören dürfen, 3 Vorstandsmittelglieder, und zwar Ehren-, Föbel und Jäger ihre Ämter niedergelegt hatten. In den Aufsichtsrat wurden Grauel, Kierich und Gurtische und als Ersatzmänner Wegner, Voigt und Othmann gewählt. Auf einen Antrag Böhm, die Forderungen der organisierten Lagerhalter zur Durchführung zu bringen, erklärte der Lagerhalter Kost, daß dieses bis auf einen Punkt bereits geschehen sei. Dieser Punkt betreffe die Anstellung von weiteren Verlagspersonal, sobald der Umsatz in einer Verkaufsstelle 2500 M. pro Monat übersteigt. Die Verwaltung habe 3000 M. als Grenze festgelegt, dieses sei zu hoch und müsse auf 2500 M. herabgesetzt werden. Wenn nun auch die Lagerhalter mit den übrigen Festlegungen des Vorstandes: 120 M. Anfangsgehalt und jährlich um 60 M. steigend bis zum Höchstgehalt von 150 M. und freier Wohnung, vorläufig einverstanden seien, so sei dies jedoch für die Zukunft durchaus nicht der Fall; der Verlangen der organisierten Lagerhalter sei zwar mit diesen Gehaltsfragen nachgekommen, jedoch seien diese Sätze für Berlin viel zu niedrig. Nach längerer Debatte, in welcher der Lagerhalter vielfach vorgeworfen wurde, daß ihnen die Interessen des Konsumvereins vollständig gleichgültig seien und sie nur ihren persönlichen Vorteil im Auge hätten, wurde der Antrag Böhm, die Herabsetzung der Anfangsgehälter von 3000 auf 2500 M., angenommen. Fernerhin wurde der Antrag Jäger, Anschluß an den Allgemeinen Verband der deutschen Erwerbs- und Wirtschaftsvereinigungen und den Revisionsoberband der Provinz Brandenburg angenommen. Der Antrag Kost auf Schaffung eines Produktionsfonds behufs Errichtung einer eignen Bäckerei wurde der Verwaltung zur Vorprüfung überwiesen und soll dieselbe darüber in der nächsten Generalversammlung Bericht erstatten.

Vermishtes.

Zum Konigler Wörde. Der frühere Bureauassistent Orda aus Jawodzie hatte nach einer Meldung aus Katowitz vor mehreren Wochen eine bis in die kleinsten Einzelheiten gehende Erläuterung der Ermordung des Gymnastikers Winter gegeben, bei der er zugegen gewesen sein wollte. Er bezichtigte sogar Personen der Teilnahme an dem Verbrechen. Nachdem sich jetzt herausgestellt hat, daß die Aussagen Ordas völlig erlogen und daß dieser gar nicht in Konig gewesen ist, wurde er auf Antrag der Staatsanwaltschaft wegen wissenschaftlichen Meineids verhaftet.

Ist das Ende der Welt nahe? Der Rev. M. P. Baxter, der sich durch seine ewigen Prophezeiungen des nahen Untergangs der Welt einen wenig beneidenswerten Namen in England gemacht hat, hat vor kurzer Zeit einen Mietsvertrag für 99 Jahre auf ein Haus in der City abgeschlossen, in dem er seine religiösen Schriften und Zeitungen verlegen und drucken lassen wird. Gefragt, warum er denn das thue, wenn doch nach seiner Ueberzeugung der Untergang der Welt so nahe bevorstehe, antwortete er: „Man wird auch dann eine religiöse Zeitung brauchen!“

Ein Grubenunglück, wie es in gleicher Größe und in gleichem Umfang seit vielen Jahrzehnten auf dem preussischen und sächsischen Schauberg-ippischen Gesamtkohlenwerk am Budeberg nicht beobachtet ist, hat sich am 27. Juli abends in dem Schacht W D 3, etwa eine Viertelmeile unterhalb Oberkirchen bei dem Dorfe Gellendorf an der Oberrhein-Baderberg-Stadthagen ereignet. Etwa um 7 Uhr, die Tageslicht (12-8) rüstete sich schon teilweise zur Ausfahrt, entstand in einer Stredke auf Sohle E eine Explosion schlagender Wetter, aus welcher Ursachen ist noch nicht aufgeklärt. Von der Belegschaft der Stredke in Höhe von 26 Mann konnten 8 Mann, die

das Herannahen des Wetters bemerkten, sich in Sicherheit bringen, die übrigen 23 wurden von den entzündeten Flammen eingeschlossen und sämtlich verlegt. Sowohl von den benachbarten Streden, als auch von den zu Tage arbeitenden Kameraden eilte sofort genügende Rettungsmannschaft an die Unglücksstelle. Radfahrer holten sofort aus Kirchherten, Oberkirchen und Stadthagen Kräfte, Verbandzeug, Löschungsmittel usw. herbei. Der Direktor des Bergwerks, Bergirat Franke, und die Revierbeamten waren persönlich sofort zur Stelle und leiteten die Rettungsarbeiten. Gegen 8 Uhr waren alle Verletzten nach oben befördert, wo sich mittlerweile zahlreiche Angehörige der im Schacht beschäftigten Bergleute, die meistens in den Ortschaften im Umkreise von etwa 2 bis 3 Kilometer um den Schacht wohnen, eingefunden hatten, da im ersten Augenblick der Umfang des Unglücks nicht übersehen werden konnte, fürchteten die Frauen usw. sämtlicher Bergleute um die Jünger. Der Anblick der zu Tage Beförderten war teilweise erschreckend; von den Armen, dem Gesichte und dem Oberkörper hing die Haut bei einigen in Lappen herunter, alle waren schwarz gefengt und hatten Kopfhaare und Augenbrauen ausgefengt. Die vier am schwersten Verlegten, von denen zwei unversehrtet, zwei aber Familienväter sind, wurden nach Auflegung des ersten Verbands ins Krankenhaus geschafft, wo der eine derselben, ein unversehrteter 24jähriger junger Bergmann, Weimann aus Ghefen, seinen Verletzungen bereits erlegen ist. Von den übrigen Verlegten wurden einige in das Bergwerkslazarett nach Oberkirchen geschafft, die andern, und das ist erfreulicherweise die größte Hälfte, konnten sich in ihre Wohnung begeben, um sich dort pflegen und heilen zu lassen.

Typhus in Oberschlesien. Die nahezu erloschene Typhus-epidemie ist in Schwientochlowitz von neuem und allem Anschein nach in bedenklichem Maße ausgebrochen. Wie ober-schlesische Blätter berichten, sind in der zweiten Hälfte der letzten Woche über 24 typhöse Erkrankungen polizeilich gemeldet und nach genauer Untersuchung im Breslauer hygienischen Institut als solche bestätigt worden. Infolgedessen sind neue sanitäre Maßnahmen notwendig geworden; auch die aufgestellte Dödersche Barade, welche bisher unbenuzt geblieben war, hat man mit Kranken belegen müssen.

Lufmord. Die achtjährige Tochter Marie des Arbeiters Hansen, wohnhaft zu Eickler, Gemeinde Tzeboer Klosterhof, die am 29. v. Mts. von ihrer Mutter zur Stadt geschickt worden war, um Brotteig zum Bäcker zu bringen, wurde in einem Hofesfelde neben dem Wege nach Klosterbrunnen als Leiche aufgefunden. Diefelbe war teilweise entblößt und zeigte Verletzungen am Kopfe. Das Kind muß dort noch lebend hingeschleppt worden sein. Sonntags Dr. Jessen-Tzeboer stellte ein Sittlichkeitsverbrechen fest. Als mutmaßlicher Täter wurde der 38 Jahre alte Arbeiter Richard Hohenloch aus Warginen, der in der Nähe des Fundorts der Leiche gefaßt wurde, verhaftet.

Marktpreise von Berlin am 31. Juli 1900

Table with 4 columns: Commodity, Unit, Price, and another Price. Includes items like Weizen, Roggen, Kartoffeln, etc.

*) ab Boden. **) ab Bahn. †) frei Wagon und ab Bahn. ††) frei Wagon und ab Bahn.

Produktionsmarkt vom 1. August. Die niedrigeren von der gestrigen New Yorker Nachbörse gemeldeten Notierungen, ziemlich bedeutendes inländisches Angebot und große billigere russische Offerten übten auf den heutigen Getreidemarkt einen verhältnismäßig großen Einfluß aus, so daß die Preise nachließen. Weizen verlief 1,25 M. Roggen wurde durch die niedrigeren Lagerbestände besser gehalten; er ging um 0,50 M. zurück. Hafer und Mais war still. Rüböl schwankend, doch fest. In 70er Vocoalspiritus war kein Umsatz.

Städtischer Schlachtviehmarkt. Berlin, 1. August 1900. Amtlicher Bericht der Direktion. Zum Verkauf standen: 448 Rinder, 2586 Kühe, 3074 Schafe, 12597 Schweine. Bezahlt wurden für 100 Pfund oder 50 Kilogramm Schlachtgewicht in Markt (beziehungsweise für 1 Pfund in M.): Für Rinder: a) vollstehende, ausgewachsene, höchsten Schlachtwertes, höchstens 7 Jahre alt 00-00; b) junge fleischige, nicht ausgewachsene und ältere ausgewachsene 00-00; c) mäßig genährte junge und ausgewachsene ältere 00-00; d) gering genährte leben ältere 00-00. — Kühen: a) vollstehende höchsten Schlachtwertes 00-00; b) mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere 00-00; c) gering genährte 48-52. — Schafen und Lämmer: a) vollstehende, ausgewachsene höchsten Schlachtwertes 00-00; b) vollstehende, ausgewachsene mäßig höchsten Schlachtwertes bis zu 7 Jahren 00-00; c) ältere ausgewachsene Kühe und wenig gut entwickelte jüngere Kühe und Schafen 00-00; d) mäßig genährte Kühe und Schafen 48-49; e) gering genährte Kühe und Schafen 42-44. — Rindern: a) fleischige Mastfäher (Vollstehende) und beste Sangfäher 70-72; b) mittlere Mastfäher und gute Sangfäher 66-68; c) geringe Sangfäher 55-60; d) ältere, gering genährte (Fleiser) 45-46. — Schafe: a) Mastschaf und jüngere Mastschaf 66-68; b) ältere Mastschaf 60-63; c) mäßig genährte Mastschaf und Schafe (Mastfäher) 54-58; d) vollstehende Niederungsschafe (Lebendgewicht) 00-00. — Schweine: a) vollstehende der fetteren Klassen und deren Kreuzungen im Alter bis zu 1 1/2 Jahren 51-00; b) Kühe 00-00; c) fleischige 48-50; d) gering entwickelte 45-47; e) Ferkel 44-46.

Beizung und Tendenz. Vom Rinderaustrieb blieben nur etwa 30 Stück unerfaßt. Der Rinderhandel gestaltete sich ruhig. Bei den Schafen fand die Schlachtware bis auf wenige glatt Absatz. Der Schweinemarkt verlief ruhig, schloß langsam und wird nicht geräumt.

Witterungsbericht vom 1. August 1900, morgens 8 Uhr.

Table with 8 columns: Station, Barometer, Wind, Visibility, Wetter, Temp. in C, Station, Barometer, Wind, Visibility, Wetter, Temp. in C. Includes stations like Schweinberg, Damsdorf, Berlin, etc.

Weiter-Prognose für Donnerstag, den 2. August 1900. Etwas wärmer, vielfach heiter, zeitweise wolkig mit Gewitterneigung und mäßigen südwestlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Briefkasten der Redaktion.

77. N. B. Der Antrag auf Unterstüßung der Familienangehörigen zu Friedensübungen eingezogener Mannschaften ist der der Gemeindevorstände des Orts zu erheben, an dem der Einberufene zur Zeit vor der Uebung seinen gewöhnlichen Aufenthaltort hatte. Es genügt etwa folgendes Schreiben: „An den Magistrat (Gemeindevorstand) von ... Ich bin ... bis ... in einer Reserve-(Landwehr-) Uebung eingezogen. Ich beantrage für meine Familie die ihr zustehende Unterstüßung. Meine Familie besteht aus meiner Frau und ... Kindern. Die Kinder sind geboren: ... August am ... (Datum, Name, Wohnung). Der Antrag erlischt, wenn er nicht spätestens binnen vier Wochen nach Beendigung der Uebung erhoben wird. Die Unterstüßung beträgt für die Gattin 30 Proz. für jedes Kind unter 15 Jahren 10 Proz. (insgesamt aber für die ganze Familie höchstens 60 Proz. des ortsüblichen Tagelohns). Solche Unterstüßungen sind keine Armenunterstüßungen. Wo der ortsübliche Tagelohn 3 M. beträgt, beträgt also der höchste Satz 1,80 M.; wo er 2,70 M. beträgt, 1,62 M. täglich.“